

Inhaltsverzeichnis:

[VORWORT](#)

CHRONIK

[Personalia](#)

[Bibliothek](#)

[Stipendiatinnen und Stipendiaten 2002](#)

[Stipendiatinnen und Stipendiaten der Robert-Bosch-Stiftung, der Warschauer Universität und des DHI](#)

Veröffentlichungen 2002

[Quellen und Studien](#)

[Klio w Niemczech](#)

[Klio in Polen](#)

[Einzelveröffentlichungen](#)

Konferenzen 2002

[Von Königsberg zu Kaliningrad.
Konfliktlinien, Kooperationsstrukturen und
Perspektiven einer schwierigen Region](#)

[Jews and Burghers in the Republic of
Nobles](#)

[Landes- und Regionalgeschichte im
deutsch-polnischen Kontaktbereich -
verbindend oder trennend?](#)

["Aktion Reinhardt" - Extermination of the
Jews in the General Government](#)

[Öffentliche Vorträge und Kolloquien 2002](#)

[Kolloquien 2002](#)

FORSCHUNGSPROJEKTE

[Projekte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und
Mitarbeiter](#)

Waldemar Könighaus
[Institution und Amt im Spannungsfeld
geistlicher und weltlicher
Herrschaftsansprüche. Zur Morphologie
polnischer und deutscher Diözesen sowie
zu den Profilen ihrer Bischöfe während des
Spätmittelalters](#)

[Projektstelle im Institut](#)

Drittmittelprojekte

[Erschließung des ehemaligen Bestandes
"Denkmalkonservator Ostpreußen"](#)

[Akkulturations- und Assimilationprozesse
in deutsch-polnischen Beziehungen im 19.
und 20. Jahrhundert](#)

GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN POLEN:
FORSCHUNGEN UND INSTITUTIONEN

Beata Waclawik (Allenstein)
[Das Staatliche Archiv in Olsztyn/Allenstein](#)

Ks. Andrzej Kopiczko (Allenstein)
[Das Archiv der Erzdiözese Ermland](#)

Jolanta Bieruła (Allenstein)
[Das wissenschaftliche Forschungszentrum "Wojciech
Kętrzyński"](#)

[Adressen der Archive](#)

Deutsches Historisches Institut Warschau
Öffnungszeiten des Sekretariats

Mo-Fr

8.30 - 16.30

Öffnungszeiten der Bibliothek

Mo, Di, Do

10.00 - 16.00

Mittwoch

10.00 - 18.00

Freitag

10.00 - 13.00

Pałac Karnickich
Aleje Ujazdowskie 39
PL 00-540 Warszawa
tel.: 0(048)22 - 525 83 -00, -02
fax: 0(048)22 - 525 83 37
e-mail: dhi@dhi.waw.pl

VORWORT

Das vergangene Jahr war für das Institut eine bewegte Zeit, nicht zuletzt durch den Mitte 2002 vorgenommenen Umzug vom Kulturpalast zum Palais Karnicki. Er hat alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr beansprucht, und die baulichen Maßnahmen, mit denen der neue Sitz an unsere Bedürfnisse angepasst wird, kommen erst jetzt zu ihrem Abschluss. Gleichwohl konnten wir erst im Februar 2003 sicher sein, dass wir tatsächlich im Palais Karnicki bleiben können, denn erst zu diesem Zeitpunkt waren alle grundsätzlichen rechtlichen und prozeduralen Einzelheiten der Transaktion geklärt. Das neue Gebäude hat inzwischen mehrfach seine Vorzüge unter Beweis gestellt. So haben wir die ersten Tagungen hier abgehalten, und auch deutsche Wissenschaftsorganisationen wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft und die Max-Planck-Gesellschaft haben in unseren Räumlichkeiten Veranstaltungen durchgeführt. Mehr als nur einen Wermutstropfen bedeutete allerdings die Entdeckung, dass sich die zuvor angestellten Berechnungen zu den Stellflächen für die Bibliothek in den Kellerräumen als zu optimistisch erwiesen. Statt von einer Stellfläche für 20 oder mehr Jahre muss jetzt von einer Begrenzung auf etwa fünf Jahre ausgegangen werden. Eine Lösung für das sich abzeichnende Kapazitätsproblem könnte darin liegen, dass der rund 600 qm umfassende Innenhof des Palais Karnicki mittelfristig unterkellert und als Magazin der Bibliothek ausgestattet wird.

Ist die Frage des künftigen Sitzes des DHI somit entschieden, so scheint im Frühjahr 2003 auch ein zweites, das Institut seit seiner Gründung beschäftigendes Problem überraschend der Lösung ganz nahe, nämlich die Regelung des rechtlichen Status des DHI Warschau. Die im Herbst 2002 wieder aufgenommenen Verhandlungen in dieser Frage führten zu einem Ergebnis, das unsere wichtigsten Wünsche berücksichtigt. Wir hoffen, dass nun auch noch die letzten prozeduralen Hindernisse beseitigt werden können. Im Sommer 2003 könnte dann auf diplomatischem Wege der Status des DHI eindeutig geklärt werden. Auf unsere inhaltliche Arbeit wird dies kaum Auswirkungen haben. Manches lästige Problem im Alltag, das vor allem in Bibliothek und Verwaltung viel Zeit und Kraft absorbiert hat, gehört dann aber hoffentlich der Vergangenheit an.

Von der wissenschaftlichen Tätigkeit des Instituts im vergangenen Jahr zeugen unter anderem mehrere große Konferenzen. So konnten wir gemeinsam mit der Außenstelle Lublin des Instituts des Nationalen Gedenkens (IPN) eine große Tagung zum 60. Jahrestag des Beginns der "Aktion Reinhardt" organisieren, der Judenvernichtung im Generalgouvernement. Die unter der Schirmherrschaft der Staatspräsidenten von Polen und Deutschland durchgeführte Konferenz, an der über weite Strecken auch der israelische Botschafter in Polen teilnahm, brachte führende Spezialisten zur Geschichte des Holocaust aus Israel, den USA, Großbritannien, Polen und Deutschland zusammen (zur Konferenz selbst vgl. den Bericht von Jochen Böhrer). Die auf hohem Niveau geführten Diskussionen bezogen ihre fruchtbaren Spannungen nicht zuletzt aus dem Aufeinandertreffen verschiedener Forschergenerationen, darunter der Begegnung der Mittdreißiger, die mit den zur Debatte stehenden Vorgängen aus den Archiven vertraut sind, mit Angehörigen der Erlebnisgeneration, deren Wahrnehmung dieser Vorgänge teilweise anders akzentuiert ist.

Die Zusammenarbeit mit dem IPN, darunter auch die durch die Konferenz von Lublin geschaffenen persönlichen Kontakte zwischen jüngeren Forschern beider Seiten, führten zu Überlegungen nach weiteren Kooperationsfeldern. Gespräche, die im Januar 2003 zwischen den Leitungen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DHI einerseits und der zentralen Forschungsabteilung des IPN in Warschau andererseits geführt wurden, ergaben, dass beiderseits Interesse an der Zusammenarbeit bei bereits konkret benannten Projekten in der näheren und fernerer Zukunft besteht.

Die neue Leitung des Historischen Instituts der Universität Warschau schlug dem DHI bei einem Gespräch im Oktober 2002 mehrere Kooperationsprojekte vor. Darunter war die Anfrage, ob wir in deutscher Sprache eine über mehrere Semester angelegte Lehrveranstaltung zur deutschen Geschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart an der Universität Warschau anbieten können.

Unsere beiden Mediävisten, Jürgen Heyde und Waldemar Könighaus, haben sich in dem von Ende Februar bis Mai dauernden polnischen "Sommersemester" in der Durchführung der ersten derartigen Veranstaltung abgelöst. Die Universität Warschau kann auf diese Weise mit einem neuen Lehrangebot aufwarten. Und unsere wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen erhalten eine zusätzliche Möglichkeit didaktischer Praxis, die bei Bewerbungen in Deutschland für sie in der Regel gefordert wird, die sie aber aus naheliegenden Gründen nicht in demselben Maße vorweisen können wie an deutschen Universitäten tätige Mitbewerber.

Die Kontakte zu den Historikern in Polens unmittelbaren östlichen Nachbarländern haben sich insbesondere durch das gemeinsam mit der Universität Warschau durchgeführte und von der Robert Bosch Stiftung finanzierte Stipendienprogramm intensiviert. Die gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Kaliningrad organisierte Konferenz "Von Königsberg nach Kaliningrad" bot im Juni 2002 Gelegenheit, auch Kontakt zu den Historikern der Staatlichen Universität Kaliningrad zu knüpfen.

Das von der ZEIT-Stiftung geförderte Projekt der (über eine CD ROM ermöglichten) virtuellen Zusammenführung der Bestände des ehemaligen Denkmalkonservators Ostpreußen wird voraussichtlich im Sommer abgeschlossen. Es soll einer Fachöffentlichkeit anlässlich der deutsch-polnischen Konferenz der Kunsthistoriker und Denkmalpfleger vorgestellt werden, die Ende September 2003 in Warschau stattfindet und einen ihrer drei Sitzungstage am DHI abhält.

Warschau, im Mai 2003

Klaus Ziemer

CHRONIK

Personalia

Seit dem 15. Mai 2002 ist Frau Katrin Steffen als wissenschaftliche Mitarbeiterin eingestellt.

In der Verwaltung wechselte Frau Božena Frej zum 31. August 2002 an das Deutsche Historische Institut Paris. Ihre Stelle übernahm seit dem 01. August 2002 Herr Johann Pamler.

CHRONIK

Bibliothek

Durch den Umzug des DHI Warschau steht den Nutzern nun ein größeres Platzangebot im Lesesaal zur Verfügung (ca. 20 Nutzerplätze). Gleichzeitig ist in der neuen Aufstellung ein größerer Teil des Bestands (ca. 40%) in Freihandaufstellung zugänglich.

Die Bestände der Bibliothek beliefen sich im März 2003 auf 56.000 bibliographische Einheiten.

CHRONIK

Stipendiatinnen und Stipendiaten 2002

Winson CHU, University of California in Berkeley: Zwischen Volksgemeinschaft und Regionalismus. Die deutsche Minderheit in Polen 1918-1939 (Juni - September 2002).

Johannes ETMANSKI, Universität Münster: Das Deutschlandbild in der polnischen Kinowochenschau 1945-1956 (April - Juni 2002).

Andrea GENEST, Freie Universität Berlin: Die Krise von 1968 in der Bewertung der polnischen Opposition - Ereignisse und Rezeption vor und nach dem Systemwechsel von 1989 (Juli - September 2002).

Anna GÖBEL, Universität Leipzig: Das polnische Bildnis im 17. Jahrhundert. Strategien einer politischen Portrait-Typologie (Juli - Dezember 2002).

Ansgar HALLER, Universität Köln: Verordnete Intelligenz? Varianten der Öffentlichkeit in Danzig 1739-1806 (Oktober - Dezember 2002).

Heidi HEIN, Universität Düsseldorf: 'Brücken' zwischen Juden und Polen und jüdische kulturelle Selbstbehauptung in der polnischen Zweiten Republik (1918-1939) (Februar - März 2002).

Veronika LINDENTHAL, Universität Leipzig: Die Immigration und Integration der ‚Litwaken‘ in Kongresspolen (Juli 2002).

Ingo LOOSE, Humboldt-Universität Berlin: Deutsche Kreditinstitute in Polen 1939-1945 (Januar - März, Juli - September 2002).

Andrea LÖW, Universität Bochum: Nationalsozialistische Vernichtungspolitik aus der Sicht der Opfer: Jüdische Tagebücher aus verschiedenen Ghettos im Reichsgau Wartheland und im Generalgouvernement (Juni - November 2002).

Jacek MŁYNARCZYK, Universität Essen: Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im Distrikt Radom des Generalgouvernements 1939-1945 (April - Dezember 2002).

Kerstin ROBUSCH, Universität Bochum: KZ-Überlebende als politische Akteure zwischen Ost und West (August - Oktober 2002).

Ulrich SCHAFF, Universität Thorn/Toruń: Die Friedenskirche zur Heiligen Dreifaltigkeit in Schweidnitz - ein Denkmal der sakralen Fachwerkarchitektur und seine konservatorische Problematik (Oktober - Dezember 2002).

Keya TAKUR-SMOLAREK, Universität Heidelberg: Polnischer Nationalismus während des Ersten Weltkrieges in den drei Teilungsgebieten (April - Juli 2002).

Catharina WINZER, Universität Heidelberg: Zeitgenössische polnische Kunst und die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (Februar - Juli, September - Oktober 2002).

Robert ŻUREK, Universität Halle: Der Beitrag der christlichen Kirchen in Deutschland und Polen im Prozess der deutsch-polnischen Annäherung 1945-1956 (Januar - Juli 2002).

CHRONIK

Stipendiatinnen und Stipendiaten der Robert-Bosch-Stiftung, der Warschauer Universität und des Deutschen Historischen Instituts Warschau

Darius BARONAS, Universität Wilna: Geschichte des Christentums in Litauen. Von den Anfängen bis zur Taufe Litauens 1385/86 (Januar - Februar 2002).

Andrij BOLJANOVSKYJ, Handelsakademie Lemberg: Die deutsche Besatzungspolitik und der Widerstand in der Ukraine 1941-1944 (Juli 2002).

Zygmunt BORADYN, Pädagogische Universität Minsk: Sowjetische Partisanen und die Wilnaer Gruppe der Armia Krajowa (August 2002).

Roman CZMELYK, Ethnographisches Museum Lemberg: Ethnische Stereotypen und soziale Einstellung der Bevölkerung im ukrainisch-polnischen Grenzgebiet (März 2002).

L'ubov KOZIK, Universität Minsk: Politische und innerparteiliche Machtkämpfe in Polen Juni 1945 - Februar 1947 (September 2002).

Mindaugas PAKNYS, Institut für Kultur und Kunst Wilna: Künstler an den königlichen Höfen des Großfürstentums Litauen vom 16. bis zur ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts (September - Oktober 2002).

Rimvydas PETRAUSKAS, Universität Wilna: Der Wandel des litauischen Adels im 15. Jahrhundert und zu Anfang des 16. Jahrhunderts. Wege - Strukturen - Selbstverständnis (Juli 2002).

Oleksandr RUBLOV, Institut für Ukrainische Geschichte Kiew: Die "Ukrainische Militärische Organisation" in der sowjetischen Ukraine in den 1930er Jahren: Fabrikationsmechanismen und internationaler Kontext (polnische und deutsche "Spur") (Juli 2002).

Marius SIRUTAVICIUS, Universität Kaunas: Die Kultur des Großfürstentums Litauen im Vergleich zum Großfürstentum Moskau von den Anfängen des 15. bis zum Ende des 16. Jahrhunderts (September 2002).

CHRONIK

Veröffentlichungen 2002

Quellen und Studien

Christian PLETZING, Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830-1871, Wiesbaden: Harrassowitz 2003 (Deutsches Historisches Institut Warschau. Quellen und Studien 13).

CHRONIK

Veröffentlichungen 2002

Klio w Niemczech

Norbert SCHINDLER, Ludzie prości, ludzie niepokorni...Kultura ludowa w początkach dziejów nowożytnych [Widerspenstige Leute. Studien zur Volkskultur in der frühen Neuzeit], Warszawa: Wiedza Powszechna 2002 (Klio w Niemczech 9).

CHRONIK

Veröffentlichungen 2002

Klio in Polen

Jerzy TOMASZEWSKI, Auftakt zur Vernichtung. Die Vertreibung polnischer Juden aus Deutschland im Jahre 1938 [Preludium zagłady wygnanie Żydów polskich z Niemiec w 1938 roku], Osnabrück: fibre Verlag 2002 (Klio in Polen 9).

CHRONIK

Veröffentlichungen 2002

Einzelveröffentlichungen

Markus KRZOSKA, Für ein Polen an Oder und Ostsee. Zygmunt Wojciechowski (1900-1955) als Historiker und Publizist, Osnabrück: fibre Verlag (Einzelveröffentlichungen des DHI Warschau 8) [im Druck].

CHRONIK

Konferenzen 2002

Von Königsberg zu Kaliningrad. Konfliktlinien, Kooperationsstrukturen und Perspektiven einer schwierigen Region

Kaliningrad, 13.-16. Juni 2002

Das Gebiet Kaliningrad wird nach dem Beitritt Polens und Litauens zur Europäischen Union zu einer Enklave innerhalb der Europäischen Union werden. Die historischen und zeithistorischen Prämissen dieser Perspektive, insbesondere die Bruchlinien der Region im 20. Jahrhundert sowie Konsequenzen des EU-Beitritts von Polen und Litauen standen im Mittelpunkt der interdisziplinären Konferenz, die das DHI in Zusammenarbeit mit der Fachgruppe Politikwissenschaft der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde im Deutsch-Russischen Haus in Kaliningrad durchführte.

Am ersten Tag wurden historische *legacies* und Identitäten beleuchtet. Der einleitende Vortrag von Valerij Gal'cov (Kaliningrad) ging auf die deutsche Vergangenheit von Stadt und Großregion Kaliningrad ein und zeigte den Aufstieg Königsbergs nach dem Zweiten Thorner Frieden von 1466 und die Herausbildung der Albertina nach der Reformation als ein geistiges Zentrum im deutschsprachigen Raum. Auch nach der Krönung Friedrichs I. 1701 in Königsberg bis zur deutschen Einigung 1871 blieb die Rolle von Königsberg als Residenzstadt erhalten, es entwickelte sich aber nicht zu einer kulturellen Metropole wie Weimar. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die Lage Königsbergs als Enklave Ostpreußens schwieriger; doch Hilfe aus dem Reich, wachsender Handel mit Russland, der Ausbau der Königsberger Messe und die zunehmende Bedeutung des Hafens - Memel und Danzig waren dem Reich verloren gegangen - kompensierten das.

Im Referat von Lutz Oberdörfer (Greifswald) wurden die Diskussionen um die Zukunft Ostpreußens am Ausgang des Ersten Weltkriegs hervorgehoben und die zentralen Konfliktlinien in der Region angesprochen. Im April 1945 entstand mit Kaliningrad eine neue Stadt. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere auf die erneute Insellage der Stadt im internationalen Umfeld hingewiesen und nach möglichen Lehren aus der damaligen Situation gefragt.

Aleksander Zolov (Kaliningrad) verwies auf die Ereignisse des Zweiten Weltkriegs. Der 9. Mai werde von den Einwohnern Kaliningrads nicht nur als Siegestag, sondern auch als der Tag wahrgenommen, an dem sie das Bleiberecht für die Stadt erhalten hatten. Die Schulbildung vermittele zwar Grundkenntnisse über die deutsche Vorkriegszeit der Stadt, doch sei heute ein tieferes Wissen selbst unter Studenten nur wenig vorhanden. Veteranenorganisationen spielten weiterhin eine große Rolle bei der Mythologisierung und Sakralisierung des Krieges. Neue Monographien ließen die alten Mythen meist unangetastet. In der Diskussion wurde der unbefriedigende Archivzugang moniert sowie auf fehlende neue Schulbuchinhalte und die sehr zurückhaltende Rolle der Massenmedien zu Fragen der Vergangenheit hingewiesen.

An einen längeren Vortrag des ehemaligen Chefarchitekten von Kaliningrad schloss sich ein sehr instruktives Referat von Jurij Kostjašov (Kaliningrad) über die demographische Situation Kaliningrads an. Das Verbot, Statistiken zu veröffentlichen, habe große Unterschiede zwischen tatsächlich gesammelten und offiziellen Ergebnissen erbracht. Zwischen 1945 und 1954 seien etwa zwei Drittel der Zuwanderer in das Gebiet Kaliningrad im Alter unter 30 Jahren gewesen, die mit dem Privileg eines UdSSR-weit gültigen Passes angelockt wurden; die Geburtenrate habe hier in dieser Zeit um 50% bis 100% über dem russischen Durchschnitt gelegen. Etwa 40 Prozent der Kaliningrader Stadtbevölkerung seien ursprünglich Bauern gewesen. Zwischen 1946 und 1958 seien 64% der Neusiedler (in offiziellen Statistiken 18%) allerdings wieder aus dem Gebiet abgewandert.

Ein Panel zum historischen Bewusstsein und der Identität der Bewohner Kaliningrads wies auf

Versuche hin, sich wieder an die zu Sowjetzeiten ausgeblendete Vergangenheit zu erinnern. In der Diskussion ging es um die Frage, in welchem Ausmaße es vor 1989 eine Intelligenz gegeben und inwieweit Kaliningrad schon vor dem Zerfall der UdSSR über eine eigene Identität verfügt habe.

Der zweite Tag der Konferenz stand im Zeichen aktueller Fragen: Solomon Ginsburg, Abgeordneter der Gebietsduma vom reformorientierten "Bund Rechter Kräfte", sah als wichtigste Frage für Kaliningrad die Anhebung des Lebensstandards. Die Kaliningrader Wirtschaft müsse so in die europäische Wirtschaft integriert werden, dass sie gleichzeitig ein Teil der russischen bleibe. Gefährlich sei die Tendenz einer Diskreditierung der europäischen Idee unter den Einwohnern des Gebietes. Moskau müsse sich um eine Korrektur des schlechten Images von Kaliningrad bemühen. Stephan Stein von der Delegation der Deutschen Wirtschaft in Kaliningrad unterstrich die Ansichten Ginsburgs und bemerkte, dass es in Kaliningrad eine für Russland untypisch hohe Verflechtung von Politik und Wirtschaft gebe, mit der die wirtschaftliche Entwicklung des Gebietes gebremst werde. Er kritisierte ferner Inkonsequenzen bei der Steuereinzahlung sowie die ungewöhnlichen, mit internationalen Systemen inkompatiblen russischen Buchführungsprinzipien. Er erwähnte auch den nach Angaben der Russischen Akademie der Wissenschaften 45- bis 60prozentigen Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt des Gebietes. Russische Statistiken verschwiegen den 90prozentigen Anteil indirekter Investitionen (vor allem Warenkredite) an den ausländischen Gesamtinvestitionen. Er betonte das fehlende Interesse des Zentrums an einer Umsetzung der Regelungen der Sonderwirtschaftszone (mit Ausnahme von Vorzeigeprojekten wie dem BMW-Werk) und den vorhandenen Spielraum des Gouverneurs in der Standortpolitik des Gebietes.

In der Frage der Visaeinführung wurden Unterschiede vor allem zwischen der Position des russischen Außenministeriums und den Vertretern Kaliningrads deutlich. Der Vertreter Moskaus verneinte die Notwendigkeit eines EU- oder deutschen Konsulates in Kaliningrad und sprach sich für die Weiterführung der provisorischen Praxis aus, wöchentlich 150 bis 200 Visaanträge von Kaliningrad mittels einer russischen Kurierfirma nach Moskau und wieder zurück zu senden. Vilnius und Warschau beugten sich in dieser Angelegenheit dem Brüsseler "Diktat". Viktor Romanovskij (Kaliningrader Gebietsverwaltung) und Solomon Ginsburg begrüßten dagegen die Eröffnung von weiteren Konsulaten in Kaliningrad.

In einem NGO-Panel berichteten Vertreter des Deutsch-Russischen Hauses, der Batory-Stiftung (Warschau) und der Borussia (Allenstein) über ihre Arbeit in Kaliningrad. Sie betonten dabei vor allem die Schwierigkeiten, Begriffe wie "Bürgergesellschaft" und "Toleranz" zu vermitteln und beklagten die manchmal fast religiöse Einstellung russischer Bürger zu ihrem Staat. Die große Zahl der NGOs verdeckte, dass viele davon in Wirklichkeit kommerzielle Interessen verfolgten und einige von ihnen bevorzugt von den Behörden behandelt würden.

In einem Abschlusspanel diskutierten der polnische Botschafter in Litauen, Jerzy Bahr, der litauische Generalkonsul in Kaliningrad, Vytautas Zalys, Christian Wellmann (SCHIFF, Kiel) und Viktor Romanovskij über die Zukunft Kaliningrads. Dabei kamen nochmals die russischen Befürchtungen vor einer Isolierung des Gebietes Kaliningrad zum Ausdruck, während Vytautas Žalys und Christian Wellmann zur Kooperation aufriefen und Jerzy Bahr darüber hinaus die wachsende Bedeutung des Regionalismus in Europa betonte. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass gerade in Russland mehr Ideen und Initiativen entstehen müssten, was für Kaliningrad getan werden könne. Klaus Ziemer betonte in seinem Schlusswort die Bedeutung solcher Konferenzen, die eventuell bei den Beteiligten zur Änderung ihrer Wahrnehmungen beitragen könnten.

Sebastian Gerhardt (Trier)

CHRONIK

Konferenzen 2002

Jews and Burghers in the Republic of Nobles Warschau, 29. September - 1. Oktober 2002

Eine gemeinsame Geschichte - getrennte Historiographien? Im Sinne des Diktums von Jakob Goldberg: "Es gibt keine polnische Geschichte ohne jüdische Geschichte und keine jüdische Geschichte ohne polnische Geschichte" hatten sich die Organisatoren der Konferenz, welche das Deutsche Historische Institut Warschau in Zusammenarbeit mit dem Department of Jewish Studies an der Universität Haifa und dem Jüdischen Historischen Institut Warschau veranstaltete, mit diesem Treffen das Ziel gesetzt, den Dialog zwischen "jüdischer" und "allgemeiner" Geschichte zu fördern.

Der erste Nachmittag war dem Platz von Juden und Bürgern innerhalb der Gesellschaft der polnisch-litauischen Adelsrepublik gewidmet. Das "Shtetl" als Schauplatz polnisch-jüdischer Integration im 18. Jahrhundert untersuchte im Eröffnungsreferat Adam Teller (Haifa). In der kollektiven Erinnerung des jüdischen Volkes firmiere das "Shtetl" als ein spezifisch jüdischer Ort, in dem Kultur, Alltagsleben und Gesellschaftsstrukturen durch die jüdische Bevölkerungsmehrheit vorgegeben waren. Daneben war es Schauplatz intensiver Kontakte zwischen Juden und Nichtjuden. Teller versuchte in seinem Referat, Kriterien für eine Analyse des "Shtetl" als soziohistorisches Phänomen zu formulieren und die bislang vorherrschende kulturelle Konstruktion, in der die nichtjüdische Bevölkerung weitgehend unsichtbar gewesen sei, zu ergänzen.

Jadwiga Muszyńska (Kielce) untersuchte am Beispiel der Wojewodschaft Sandomierz die rechtliche und wirtschaftliche Stellung von Bürgern und Juden in den königlichen Städten und Tafelgütern. Während die Juden in den eigentlichen Königsstädten nicht selten auf Behinderungen für Ansiedlung, Handel und Gewerbe trafen, waren ihre Existenzbedingungen in den Städten, welche zum königlichen Tafelgut zählten, in der Regel deutlich besser. Hier ergaben sich durch eine Einbindung in die Gutswirtschaft der Tafelgüter noch zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten.

Jacek Wijaczka (Kielce) widmete sich dem Verhältnis des polnischen Adels zu jüdischen und bürgerlichen Kaufleuten. In seinem Vortrag stellte er einige Widersprüchlichkeiten in der Haltung der Adligen zu den Kaufleuten heraus; auf der einen Seite habe man ausländische Kaufleute favorisiert und damit den heimischen Markt geschwächt, auf der anderen Seiten war jeder adelige Stadtherr lebhaft daran interessiert, die Kaufleute aus den eigenen Städten zu stärken, da ihre Steuern und Abgaben ihm beträchtliche Einkünfte sicherten. Im Verhältnis zu jüdischen und christlichen Kaufleuten seien ebenfalls Widersprüche zu beobachten: allgemeinen Deklarationen (z. B. in Sejm-Resolutionen) über die Abwendung "unehrlicher" Konkurrenz durch jüdische Kaufleute stand eine deutliche Bevorzugung eben dieser jüdischen Kaufleute im Geschäftsleben gegenüber, da sie sich in der Regel mit geringeren Gewinnmargen begnügten und somit attraktivere Preise bieten konnten.

In einem öffentlichen Vortrag am Abend des ersten Tages arbeitete Jakob Goldberg (Jerusalem) Grundlinien in den Beziehungen zwischen Bürgern und Juden in der frühneuzeitlichen Adelsrepublik heraus. Er unterstrich, dass man bei der Betrachtung der gegenseitigen Beziehungen nicht mehr vornehmlich die Antagonismen zwischen beiden Gruppen betrachten solle, sondern verstärkt die Aufmerksamkeit auf Fragen der Interaktion und der strukturellen Analogien zwischen ihnen lenken solle. Besonders interessant sei in diesem Zusammenhang die Frage nach der Rolle der Juden als „Ersatzbürgertum“ in den Kleinstädten im Osten und Südosten der polnisch-litauischen Adelsrepublik.

Zu Beginn des zweiten Konferenztages stellte Elchanan Reiner (Tel Aviv) die Entwicklung der

jüdischen Gemeinde vom "mittelalterlichen aschkenasischen" zum "neuzeitlichen polnischen" Typus vor. Durch die Publikation des Traktats "Torat ha-Hatat" von R. Moshe Isserles (1569) und der Antwort R. Bezalels von Friedberg darauf ("Vikuah Mayim Hayyim" 1575) entspann sich eine Diskussion um die Grundlagen des Selbstverständnisses der aschkenasischen Judenheit. Eine Interpretation beider Schriften als politische Texte erlaubt es, den Wandel zu einem neuen Typ von Gemeinde innerhalb der polnischen Judenheit im 16. Jahrhundert nachzuzeichnen.

Magdalena Teter (Connecticut) machte am Beispiel der Städte in Rotreußen und der Ukraine deutlich, wie sehr Juden und Bürger zwar einerseits auf ideologische Abgrenzung voneinander bedacht waren, andererseits im alltäglichen Kontakt zwischen den Gruppen immer wieder gesellschaftliche und religiöse Grenzen überwandten. Anna Michałowska (Warschau) gab in ihrem Referat einen Einblick in das Verhältnis zwischen Individuum und Gemeinde - die Bedeutung von Sozialkontrolle bzw. die Spielräume von Einzelpersonen innerhalb der jüdischen Gesellschaft. Adam Kaźmierczyk (Krakau) zeichnete die Rolle städtischer Gerichte für die jüdische Bevölkerung in Adelsstädten im 17. und 18. Jahrhundert nach.

Eine Reihe von Referaten war Lokalstudien gewidmet, welche die Unterschiede in den gegenseitigen Beziehungen von Juden und Bürgern deutlich werden ließen. Edmund Kizik (Danzig) untersuchte die Politik des Danziger Bürgertums gegenüber den Juden, die als Kaufleute auf den Messen zu Besuch waren oder sich in adeligen und bischöflichen Besitzungen im Umland niedergelassen hatten. Jarosław Dumanowski (Thorn) stellte die Privatstadt Lubraniec als kujawisches "Shtetl" und Magnatensitz vor; Leszek Hondo (Krakau) ging auf die Beziehungen zwischen Juden und Bürgern im kleinpolnischen Tarnów ein und Feliks Kiryk (Krakau) beleuchtete in einem Kommunikat das Zusammenleben von Juden und armenischem Bürgertum in Kamieniec Podolski.

Einen thematischen Schwerpunkt bildete die Stellung der Frau in der bürgerlichen und jüdischen Gesellschaft der polnisch-litauischen Adelsrepublik. Cezary Kuklo (Białystok) gab einen Überblick über bürgerliche Frauen im Gesellschaftsgefüge der altpolnischen Stadt, ihre Bedeutung für das Wirtschaftsleben sowie ihre kulturellen und gesellschaftlichen Initiativen. Hanna Zaremska (Warschau) hielt einen Vortrag über Rachela Fischel, die einer der führenden jüdischen Familien in Krakau an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert angehörte und über enge Kontakte zum Krakauer Bürgertum und zum königlichen Hof verfügte. Edward Fram (Beer Sheva) betrachtete die Rolle der Frauen unter dem Blickwinkel der gegenseitigen Wahrnehmung von Christen und Juden. Christen wie Juden verfügten über ein umfangreiches Regelwerk, um die Kontakte zwischen beiden Geschlechtern zu reglementieren. Aufschlussreich dabei seien die Unterschiede in der Wahrnehmung von Frauen im Umgang mit der jeweils eigenen bzw. fremden Gruppe sowie die gleichsam spiegelbildliche Symmetrie in den Vorstellungen der christlichen wie jüdischen Männer, welche diese Regelwerke propagierten.

Die Rolle der Kirche für die gegenseitigen Beziehungen von Juden und Bürgern war ein abschließender Themenkomplex. Jan Doktór (Warschau) stellte die Berichte der Missionare des Institutum Judaicum in Halle als Quelle für die Kontakte zwischen Pietisten und Sabbatisten im 18. Jahrhundert vor. Judith Kalik (Jerusalem) fragte nach der Rolle der Kirche im Verhältnis von Juden und Bürgern. Die Kirche erhob Anspruch auf Beeinflussung sämtlicher Lebensbereiche der christlichen Bevölkerung und drängte durchgängig auf eine weitgehende Separation von Christen und Juden. Bei der Betrachtung von Alltagskontakten zeigt sich allerdings auch hier, dass es je nach aktueller Interessenlage immer wieder zu ad-hoc-Koalitionen jenseits von Standes- und Bekenntnisgrenzen kam.

Jürgen Heyde

CHRONIK

Konferenzen 2002

Landes- und Regionalgeschichte im deutsch-polnischen Kontaktbereich - verbindend oder trennend?

Ślubice bei Frankfurt/Oder, 18./19. Oktober 2002

Das Kolloquium sollte den direkten Dialog zwischen deutschen und polnischen Landeshistorikern ermöglichen, um gegenseitige Vorbehalte zu präzisieren, Missverständnisse auszuräumen und vor allem eine Diskussion über eine methodisch innovative Landes- und Regionalgeschichtsforschung anzuregen, welche gemeinsame Forschungsprogramme entwickelt, die zu einem besseren Verständnis der historischen Kontaktzonen beitragen.

In seinem Einführungsvortrag versuchte Hans-Jürgen Bömelburg (Warschau) "Grenzen, Gefahren und Chancen eines binationalen Ansatzes" in der deutsch-polnischen Landes- und Regionalgeschichte aufzuzeigen. Grenzen seien vor allem in der wissenschaftsorganisatorischen Struktur der jeweiligen Landesgeschichten aufzuzeigen. Während in Deutschland eine interdisziplinäre Zusammenarbeit mit Germanistik und Volkskunde gang und gebe sei, fehle eine Einbeziehung der Slawistik bzw. der slawischen Volkskunde. Ähnlich stelle sich die Situation in Polen dar, wo Landesgeschichte zumeist unter Ausblendung germanistischer Sprach- und Kulturwissenschaften betrieben werde. Als Defizit innerhalb der deutschen Historiographie stufte der Referent die immer noch mangelnden polnischen Sprachkenntnisse und die damit zusammenhängende ausbleibende Rezeption der vielfältigen polnischen landeshistorischen Forschung ein. Im Hinblick auf innerfachliche Strukturen seien die relative Abkopplung landes- und regionalgeschichtlicher Forschungen von Fragestellungen, Themen und Methoden der auf den Gesamtstaat bezogenen "Allgemeinen Geschichte" zu kritisieren. Die übernationale Perspektive ermögliche dagegen einen Perspektivwechsel weg von einer nationalen, zentralstaatlich dominierten Sichtweise und eröffne den Blick auf eine vergleichende Geschichte jenseits der Nationalhistoriographien, die einen weiteren europäischen Horizont zugrunde lege.

In seinem Koreferat konstatierte Edward Włodarczyk (Stettin) unterschiedliche methodische Zugänge in den beiden Historiographien. In Polen sei nach dem Zweiten Weltkrieg eine kritische Revision von Positionen aus der Vorkriegszeit erfolgt. In der "Historia Pomorza" oder der "Historia Śląska" stehe die Region und nicht die Frage nach der Polonität der Bevölkerung im Mittelpunkt; in zahlreichen Städte-monographien hätten polnische Forscher deutsche Begrifflichkeiten und Theorien einbezogen.

In der deutschen Landesgeschichtsschreibung, so Włodarczyk, werde zu wenig auf das theoretische und methodologische Reservoir der "Allgemeinen Geschichte" zurückgegriffen, kaum Sozialgeschichte betrieben, und Prozesse wie die Industrialisierung ausgeblendet. Bei der Beschreibung der historischen Regionen werde zu wenig Bezug auf die Multiethnizität genommen. Der Referent sah in unterschiedlichen terminologischen Zugriffen auf den deutsch-polnischen Kontaktbereich keine unüberwindbare Kommunikationsbarriere, solange die jeweilige Begrifflichkeit der anderen Seite nicht aufgezwungen werde.

Hinsichtlich der konkreten Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Regionalhistorikern konstatierte Włodarczyk eine erfreuliche Belebung seit den neunziger Jahren des 20. Jahrhunderts, allerdings sei die beiderseitige Rezeption der Ergebnisse aus unterschiedlichen Gründen (Sprachen- und Geldfrage) gering geblieben. Abschließend bedauerte der Referent, dass zu wenig gemeinsame Projekte im Rahmen der deutsch-polnischen Landesgeschichtsschreibung entstünden, obwohl man doch aufgrund der engen historischen Verflechtungen in der Forschungsarbeit aufeinander angewiesen sei.

Die anschließende Diskussion versuchte, die wichtigsten Vorbehalte gegenüber der jeweils

anderen Historiographie herauszuarbeiten, fachspezifische Probleme zu benennen, das Verhältnis zwischen allgemeiner und Landesgeschichte zu präzisieren und Chancen für gemeinsame historiographische Unternehmungen aufzuzeigen. Mehrheitlich waren sich die Anwesenden einig, dass es gerade im letzten Jahrzehnt Fortschritte in der Zusammenarbeit gegeben habe. Inzwischen gäbe es bereits eine Vielzahl deutsch-polnischer Projekte. Die jüngere Generation deutscher Historiker verfüge über polnische Sprachkenntnisse, so dass die Rezeption polnischer Fachliteratur zugenommen habe. Aus polnischer Sicht wurde eine weitere Verstärkung der Zusammenarbeit etwa in einer deutsch-polnischen Historikerkommission als wünschenswert angesehen. Eine solche Institution solle an die Seite der Deutsch-Polnischen Schulbuchkommission treten.

Im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte könne das Politische nicht ganz aus der Lebenswelt der Betroffenen herausdividiert werden, es werde aber für eine europäische Betrachtung des deutsch-polnischen Kontaktbereichs plädiert, da es zweifelhaft sei, ob man sich multiethnischen Regionen überhaupt sinnvoll über eine nationalhistorisch formulierte Fragestellung nähern könne. Im Bereich der Landesgeschichte könne die "nationale Frage" maximal ein Forschungsobjekt, jedoch kein legitimer methodischer Zugang sein. Gewarnt wurde vor einer Gleichsetzung von deutschem und polnischem Nationalismus zu Zeiten nationaler Auseinandersetzungen im 19. Jahrhundert, da man es im Falle der Polen im Gegensatz zu den Deutschen mit einer *ethnic non-dominant group* zu tun habe.

Als problematisch wurde die Gewichtung zeitgeschichtlicher Themen in Deutschland erachtet: während die Verbrechen der Nationalsozialisten einer Marginalisierung unterlägen, würde die Opferrolle der deutschen Bevölkerung (etwa hinsichtlich der Vertreibung und Zwangsaussiedlung nach dem Zweiten Weltkrieg) überbetont. Auch der Tendenz, die Ereignisse der Kriegs- und Nachkriegszeit qualitativ in einen Zusammenhang zu stellen, galten kritische Äußerungen. Dem wurde entgegnet, dass die gleichzeitige Bearbeitung der Themen nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegenüber Polen und Vertreibung der Deutschen nach 1945 nicht die Gleichsetzung dieser Ereignisse bedeute, sondern eine notwendige historische Kontextualisierung im Bereich der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte darstelle.

Der zweite Tag wandte sich der Landesgeschichte einzelner Regionen zu. Am Beispiel Pommerns und Preußens erörterte Bogdan Wachowiak (Posen) inhaltliche und methodische Probleme. Bevor umfassende Forschungen zu Akkulturationsprozessen ins Werk gesetzt werden könnten, müsse es zunächst darum gehen, die Germanisierungspolitik, deren Virulenz die deutsche Historiographie zumeist zeitlich zu spät ansetze, zu untersuchen. Generell scheue die deutsche Historiographie davor zurück, kontroverse Themen aufzugreifen, was nicht nur die Zeitgeschichte betreffe. So bedürfe auch die Geschichte der Teilungen noch einer genaueren Untersuchung, wobei der preußische Anteil an diesem historischen Ereignis von deutscher Seite nicht immer entsprechend dargestellt werde.

Die anschließende Diskussion drehte sich verstärkt um methodologische Fragen. Generell wurde eine Öffnung der jeweiligen Nationalgeschichtsschreibung angemahnt. Für gemeinsame deutsch-polnische Forschungsprojekte sei es wichtig, ein wissenschaftliches Diskussionsklima zu schaffen, in dem unterschiedliche Sichtweisen ausgehalten und für weiterführende Fragestellungen fruchtbar gemacht werden könnten.

Die zweite Sektion war den Problemen der schlesischen Landesgeschichte gewidmet. Matthias Weber (Oldenburg) stellte in seinem Referat "Leitvorstellungen und Wertmaßstäbe der schlesischen Landesgeschichte in Deutschland und Polen - Eine historische Bilanz" vor. Es gebe eine nachholende Verwissenschaftlichung auf deutscher Seite, die sich für die Erweiterung des Spektrums der Betrachtungsweisen positiv auswirke. Auf polnischer Seite könne von einer Veränderung des Spektrums gesprochen werden, da Phänomene offen diskutiert würden, die früher als "deutsche Themen" gegolten hätten. Im Falle der beiden landeshistorischen Periodika liege der Schwerpunkt in "Sobótka" deutlich auf dem 20. Jahrhundert, während die Aufsätze im

"Jahrbuch der schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität zu Breslau" die frühe Neuzeit und das 19. Jahrhundert akzentuierten, also die für das jeweilige Land "identitätsstiftenden" Themen.

Kritik äußerte der Referent an der sog. Ostforschung und ihrer polnischen Entsprechung, dem sog. polnischen Westgedanken. Die Entwicklung beider historiographischen Stränge seit dem 15. Jahrhundert vergleichend zu untersuchen, um die jeweiligen Argumentationsmuster aufzuarbeiten und eine explizite, immer noch ausstehende Traditionskritik vorzunehmen, stelle ein Desiderat dar. Angesichts von Europäisierungstendenzen in der Geschichtswissenschaft warnte Weber davor, im Falle Schlesiens das Nationale in der Geschichte dieser Landschaft zu marginalisieren, das seit dem Mittelalter Schlesien nachhaltig geprägt habe.

In dem Korreferat hob Marek Czapliński (Wrocław) mit Bedauern die ungenügende institutionelle Förderung der schlesischen Landesgeschichte hervor. Institute ständen vor der Auflösung, größere Forschungsprogramme seien nicht in Sicht. Er verwies auf die Weiterverwendung von nicht mehr zeitgemäßen Begriffen und Forschungsmethoden, die nach 1989 hätten überdacht werden müssen.

Während früher in der schlesischen Landesgeschichte auf polnischer Seite die Suche nach slawischen bzw. polnischen Elementen in der Geschichte Schlesiens lange Zeit vorherrschend gewesen sei, werde nun die Multiethnizität Schlesiens und der Anteil der Deutschen an der schlesischen Geschichte erkannt. In der neuesten Geschichte gebe es ein besonderes Interesse, die kommunistischen Verbrechen an Polen, Deutschen und Juden aufzudecken, was in früheren Zeiten ein Tabu gewesen sei. Dafür seien vor allem die im letzten Jahrzehnt zahlreich erschienenen Städte- und Ortsgeschichten ein beredtes Beispiel. Auch in der regionalen Kirchen- und Ordensgeschichte bestehe ein Nachholbedarf.

Die Abschlussdiskussion war von dem Bemühen der Teilnehmer geprägt, gemeinsame Forschungsstrategien und mögliche Projekte zu entwickeln. Als grundlegender Ansatz wurde postuliert, das "Deutsche" bzw. "Polnische" nicht als Konstanten im historischen Prozess zu begreifen, sondern als Konstrukte vor dem jeweiligen historischen Kontext zu betrachten. Am Beispiel des Arbeitskreises deutscher und polnischer Kunsthistoriker wurde aufgezeigt, wie binationale Zusammenarbeit funktionieren und sich in Ergebnissen niederschlagen kann. Es mangle bei den Historikern weniger an Kontakten und Zusammenarbeit als daran, die Ergebnisse solcher Kooperationen einer breiteren fachlichen, aber auch gesellschaftlichen Öffentlichkeit nahe zu bringen. Eine Folgekonferenz mit einer methodologisch ausgerichteten Fragestellung wurde angeregt.

Angesichts der Tendenzen zu Kürzungen in der Landesgeschichtsforschung in beiden Ländern wurde von den Anwesenden am Ende des Kolloquiums eine Erklärung verabschiedet, die an die Wissenschaftsverwaltungen in Deutschland und Polen gerichtet ist.

Claudia Kraft

CHRONIK

Konferenzen 2002

"Aktion Reinhardt" - Extermination of the Jews in the General Government Lublin, 7.–9. November 2002

Teilnehmer aus Europa, Israel, den USA und Kanada trafen sich auf einer vom Deutschen Historischen Institut Warschau und dem polnischen Instytut Pamięci Narodowej (Institut des Nationalen Gedenkens) gemeinsam veranstalteten Konferenz, um sich mit einem der schrecklichsten Kapitel des 20. Jahrhunderts zu befassen: der Ermordung der europäischen Juden während des Zweiten Weltkriegs. Die Holocaust-Forschung hatte bisher allzu selten die konkrete Umsetzung des von den deutschen Besatzern auf polnischem Boden, im so genannten Generalgouvernement, verübten Massenmordes behandelt. Zu Recht wurde der Schwerpunkt der Konferenz daher auf die Planung, Organisation und Durchführung der "Aktion Reinhardt" gelegt, wie die Täter selbst die Auflösung der Ghettos in Polen, die Deportation ihrer Bewohner in die Todeslager und ihre dortige Vernichtung bezeichneten.

In fünf Sessions wurden insgesamt 23 Kurzreferate präsentiert, die am Ende einer jeden Session in einem Kommentar zusammengefasst und anschließend unter Einbeziehung des Auditoriums diskutiert wurden.

Session 1 - Origins of "Aktion Reinhardt"

In der einleitenden Session zu den Ursprüngen und Hintergründen der "Aktion Reinhardt" traten die Unterschiede in den Interpretationen von Holocaustforschern der ersten Generation und Historikern nachfolgender Generationen deutlich zu Tage. Während erstere die zentrale Rolle der rassistisch-antisemitischen nationalsozialistischen Ideologie der Berliner Zentrale für die Entscheidungsfindung zur Vernichtung der europäischen Juden hervorhoben, verwiesen letztere auf Faktoren, die an der Peripherie des Reiches zum Tragen kamen: Die Versorgung der Juden im Generalgouvernement wurde nach dem deutschen Angriff auf die Sowjetunion im Sommer 1941 zu einem (selbst geschaffenen) wirtschaftlichen Problem für die deutsche Verwaltung, woraufhin eine "Lösung der Judenfrage" durch die Einrichtung von Vernichtungslagern vor Ort ins Auge gefasst wurde. In Odilo Globocnik, dem Höheren Polizei- und SS-Führer Lublin, einer zentralen Person des Holocaust an der Peripherie, fand sich ein willfähriger Vollstrecker dieser Ideen. In der anschließenden Diskussion zeigte sich allerdings, dass solcherlei Differenzen heutzutage lange nicht mehr so unüberwindbar erscheinen wie noch in den 80er Jahren im Rahmen der Auseinandersetzungen zwischen Intentionalisten und Funktionalisten.

Jenseits dieser Kontroverse entspann sich eine Diskussion um den Wissensstand der Opfer: Obwohl bereits ab März 1942 in einzelnen Ghettos genaue Vorstellungen vom Schicksal der in die Vernichtungslager Deportierten existierten, waren die Reaktionen der Betroffenen höchst unterschiedlich und reichten von Fatalismus bis Flucht. Die Ausweglosigkeit der Situation der Juden in den Ghettos des Generalgouvernements wird deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass es keine verlässlichen Überlebensstrategien gab: Die Biographien von Opfern belegen, dass sowohl der Abtransport in ein Arbeitslager als auch die Flucht in die umliegenden Wälder für die Betroffenen tödlich enden oder das Überleben sichern konnten.

Session 2 - Death Camps / Session 3 - Transit Camps and Deportations

Diese Sitzungen lieferten eine Menge detaillierter Informationen zu den einzelnen Lagern und Abläufen vor Ort sowie zur Rolle der Lager als Gedenkstätten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Leider nur ansatzweise wurde erörtert, inwieweit sich die Berichte traumatisierter Überlebender nützen lassen, um verlässliche Informationen über die Situation der Betroffenen in den Lagern zu erhalten.

Drei übergeordnete Fragestellungen überlagerten weiterhin beide Sitzungen:

1. In welchem Verhältnis standen die nationalsozialistischen Zielsetzungen der "Ausbeutung

jüdischer Arbeit" und der "Vernichtung durch Arbeit"? Waren Arbeitslager für Juden eine Chance des Überlebens unter widrigsten Umständen oder doch nur eine andere Art Todeslager? 2. Was weiß man über die Zusammensetzung und biographischen Hintergründe des Lagerpersonals? 3. Welche Funktion kam dem bei Deportationen ausgeübten Terror zu? Handelte es sich dabei um unkontrollierte Exzesstaten oder um gezielte Einschüchterungsversuche, die einen "geregelten" Ablauf garantieren sollten?

In der Diskussion wurde deutlich, dass hinsichtlich dieser Themenkomplexe noch erheblicher Klärungsbedarf besteht. Einige Fragen in Bezug auf die Vollstrecker des Holocaust wurden allerdings bereits in der folgenden Sitzung näher erörtert.

Session 4 – Perpetrators

In dieser Sitzung traten einige interessante neue Aspekte zu Tage, wie etwa die Kontinuität zwischen dem Personal der "Euthanasie-Aktion" im Reich und dem der Vernichtungslager der "Aktion Reinhardt" oder die Rolle der "Trawniki-Männer" (der ukrainischen Hilfskräfte in den Vernichtungslagern).

Erste flächendeckende Untersuchungen zum Personal der Sicherheitspolizei im Distrikt Radom anhand von Ermittlungsverfahren westdeutscher Staatsanwaltschaften machten deutlich, dass sich die Exzesse, die sich im Verlauf von Deportationen abspielten, nicht rational erklären lassen. Die Mehrheit der Täter ist hier wohl nicht mit dem Terminus "ganz normale Männer" (nach Browning), sondern als harter Kern überzeugter und passionierter Mörder zu charakterisieren.

Die Verfolgung von Kriegsverbrechern in Nachkriegspolen stieß aufgrund der Dimension der Verbrechen und der Tatsache, dass weite Kreise der polnischen Eliten im Verlauf der Besatzung umgebracht worden waren, auf erhebliche Probleme. Es ist in diesem Zusammenhang zu begrüßen, dass demnächst eine Dokumentation zu diesem Themenkomplex vom polnischen Instytut Pamięci Narodowej veröffentlicht werden wird.

Insgesamt erwies sich, dass Fragen der Dienstverhältnisse, des Zusammenhalts einzelner Gruppen und des Besatzungsklimas wohl eine größere Bedeutung zukommt als biographischen Faktoren. Rationale Deutungsmuster der radikalen Vorgehensweise im deutsch besetzten Osten - wie Versorgungsengpässe oder Sicherheitsdenken - spielten ohne Zweifel eine Rolle, vermögen aber das Phänomen des "eliminatorischen Antisemitismus" nicht hinreichend zu erklären.

Session 5 - Poles and Jews in the face of the Holocaust

Diese Sitzung wurde von zwei Themen dominiert: Der Frage des jüdischen Widerstandes und der des polnisch-jüdischen Verhältnisses unter deutscher Besatzung. Beide Aspekte waren in der Vergangenheit Gegenstand zum Teil heftiger Kontroversen. Den unterschiedlichen Überlebensstrategien - Flucht aus dem Ghetto auf die "arische Seite", Familiencamps in den Wäldern, bewaffneter Widerstand in Partisaneneinheiten - wird daher in Zukunft mehr Aufmerksamkeit entgegengebracht werden müssen.

Anhand von Aufzeichnungen christlich-polnischer Intellektueller wurde erstmals eine dritte Sicht jenseits der Opfer- und Täterperspektive (hinsichtlich des Holocaust) präsentiert, die weiter zu verfolgen ebenfalls als lohnenswert erscheint.

Ein Exkurs über die Rolle von Juden im Exil (helpless observers) fiel wenig rühmlich für den Jewish World Congress und die polnische Exilregierung aus, die sich trotz detaillierter Erkenntnisse über die Vernichtungsaktionen in Polen eher von Überlegungen zur internationalen politischen Konstellation als der Notwendigkeit direkten Eingreifens leiten ließen.

Fazit

Das Konferenzkonzept stieß auf spürbare Zustimmung: Die Vorträge waren aufgrund der auf 10 Minuten begrenzten Redezeit der Referenten prägnant formuliert. Die Konferenz versammelte hochkarätige Holocaustforscher aller Generationen - von Zeitzeugen und Nestoren der

Holocaustforschung über Experten nachfolgender Generationen bis hin zu jungen Nachwuchswissenschaftlern - an einem Tisch und ermöglichte in einer außergewöhnlich dichten Form einen umfassenden Austausch über die "Aktion Reinhardt", wobei neben bereits häufig erörterten viele neue Themenkomplexe zur Sprache kamen.

Eine Konferenz zur Vernichtung der Juden im Generalgouvernement unter internationaler Beteiligung in Polen abzuhalten war eine gewagte Pionierleistung, die ohne Zweifel einen substantiellen Beitrag zur Holocaust-Forschung brachte. Erwartungsgemäß wurden hier mehr Fragen aufgeworfen als Antworten gegeben werden konnten. Das Zusammentreffen von Zeitzeugen und Vertretern der Nachkriegsgeneration an einem Ort, der wie kaum ein anderer symbolisch für die Vernichtung der Juden im Generalgouvernement steht, ließ sie zu einem für alle Beteiligten einmaligen Erlebnis werden.

Die geplante Veröffentlichung der Beiträge in Kooperation des Deutschen Historischen Instituts Warschau mit dem Instytut Pamięci Narodowej und dem Holocaust-Forschungszentrum Yad Vashem in polnischer, englischer und deutscher Sprache wird die äußerst heterogenen Forschungsansätze einem breiteren Publikum zugänglich machen.

Jochen Böhler

CHRONIK

Öffentliche Vorträge und Kolloquien 2002

4.03. Warschau, 05.03 Krakau

Gesine Schwan, Frankfurt a. d. Oder:

"Die politische Bedeutung beschwiegener Schuld"

06.03. Warschau (Kolloquium)

Gesine Schwan, Frankfurt a. d. Oder:

"Aktuelle innenpolitische Debatten in der Bundesrepublik Deutschland"

29.09. Warschau

Jakub Goldberg, Jerusalem:

"Stadt - Juden - Bürgertum in der Zeit der polnischen Adelsrepublik"

CHRONIK

Kolloquien 2002

16.01.

Norbert Kapferer (Berlin), Die Nazifizierung der Philosophie an der Universität Breslau 1933-1945. Ein exemplarischer Fall institutioneller und ideologischer Bemächtigung einer Geisteswissenschaft

23.01.

Darius Baronas (Wilna), Das Christentum in Litauen im 13. und 14. Jahrhundert (poln.)

06.02.

Jerzy Kochanowski (Warschau), Schwarzmarkt in Polen nach 1944

13.02.

Ingo Loose (Hamburg), Deutsche Banken in Polen 1939-1945

20.02.

Jan Koźbiał und Tadeusz Namowicz (Warschau), Eine Konzeption von Ostmitteleuropa (poln.)

27.02.

Jochen Böhrer (Warschau), Der "Polenfeldzug" 1939

06.03.

Gesine Schwan (Frankfurt/Oder), Aktuelle innenpolitische Debatten in der Bundesrepublik Deutschland

13.03.

Catharina Winzer (Köln), Nationalsozialismus und Holocaust in der zeitgenössischen polnischen Kunst

20.03.

Maria Dold (Tübingen), Jüdische Historiker in Lemberg 1900-1925. Die Anfänge der polnisch-jüdischen Historiographie in Galizien

10.04.

Roman Czmelyk (Lemberg), Ethnologische Forschungsrichtungen in der Ukraine. Ethnische Stereotype an der polnisch-ukrainischen Grenze (poln.)

22.05.

Johannes Etmanski (Münster), Das Deutschlandbild in der polnischen Wochenschau 1945-1956

05.06.

Stephanie Zloch (Berlin), Nationalismus, Demokratie und politische Kultur in Polen 1918-1939

12.06.

Sebastian Gerhardt (Trier), Die Politik der polnischen Regierungen gegenüber den östlichen Nachbarn nach 1989

10.07.

Rymvidas Petrauskas (Wilna), Der Wandel des litauischen Adels im 15. und zu Anfang des 16. Jahrhunderts: Wege - Strukturen - Selbstverständnis (poln.)

17.07.

Oleksandr Rublov (Kiev), Die "Ukraińska Organizacja Wojskowa" in der sowjetischen Ukraine in den dreißiger Jahren: Mechanismen der Faktenfälschung und internationaler Kontext (polnische und deutsche "Spur") (poln.)

24.07.

Keya Thakur-Smolarek (Heidelberg), Polnischer Nationalismus während des Ersten Weltkriegs in den drei polnischen Teilungsgebieten

07.08.

Winson Chu (Berkeley), Zentrum, Peripherie, Region: Die deutsche Minderheit in der Zweiten Polnischen Republik

14.08.

Zygmunt Borodyn (Minsk), Die Beziehungen zwischen den sowjetischen Partisanen und der Armia Krajowa in Weißrussland (poln.)

18.09.

Veronika Lindenthal (Dresden), Die Immigration und Integration der 'Litwaken' in Kongresspolen

25.09.

L'ubov Kozik (Minsk), Politische Kämpfe um die Macht in Polen Juni 1945 - Februar 1947 (poln.)

26.09.

Marius Sirutavicius (Kaunas), Diplomatische Beziehungen zwischen den Großfürstentümern Litauen und Moskau in der zweiten Hälfte des 15. und ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts (poln.)

02.10.

Andrea Genest (Berlin), Die politische Krise von 1968 und ihr Einfluss auf die Opposition

16.10.

Anna Göbel (Leipzig), Das polnische Bildnis im 17. Jahrhundert. Typologien einer politischen Portrait-Typologie

23.10.

Mindaugas Paknys (Wilna), Künstler an den königlichen Höfen des Großfürstentums Litauen vom 16. Jahrhundert bis zur ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts (poln.)

30.10.

Jan C. Behrends (Bielefeld), Erfundene Freundschaft. Vergleichende Studien zur Propaganda in der Volksrepublik Polen und der SBZ/DDR 1944/45-1957

06.11.

Małgorzata Mazurek (Warschau), Motivation zur Arbeit im Sozialismus. Über die Arbeiter aus dem Elektro-Apparate-Werk J. W. Stalin Treptow in Ostberlin 1956-1961

20.11.

Jacek Młynarczyk (Stuttgart), Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung im Distrikt Radom im

Generalgouvernement

04.12.

Christian Boulanger (Berlin), Das polnische Verfassungs-gericht in der Transformation: Eine vergleichende historisch-soziologische Analyse

FORSCHUNGSPROJEKTE

Projekte der wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Almut BUES: Kurland und Preußen königlichen Anteils im Aufbau der Rzeczpospolita (Nr. 1, S. 70)

Jürgen HEYDE: Jüdische Siedlung und Landesausbau in Kronpolen bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts (Nr. 6, S. 99)

Jerzy KOCHANOWSKI: Der Schwarzmarkt in Polen nach 1945 am Beispiel Warschaus (Nr. 8, S. 88)

Waldemar KÖNIGHAUS: Institution und Amt im Spannungsfeld geistlicher und weltlicher Herrschaftsansprüche. Zur Morphologie polnischer und deutscher Diözesen sowie zu den Profilen ihrer Bischöfe während des Spätmittelalters (siehe unten)

Andreas KOSSERT: Die Textilzentren Manchester und Lodz 1820-1914: Ethnie, Konfession und urbane Identität (Nr. 9, S. 67)

Claudia KRAFT: Militär und Gesellschaft. Wechselwirkungen im Zeichen von Politik und Modernisierung in Polen 1764-1830/31 (Nr. 9, S. 69)

Bogdan MUSIAL: Die "Pazifizierung" der polnischen Gesellschaft 1944/45-1947/48. Durchführung, Reaktionen, Folgen

FORSCHUNGSPROJEKTE

Waldemar Könighaus

Institution und Amt im Spannungsfeld geistlicher und weltlicher Herrschaftsansprüche. Zur Morphologie polnischer und deutscher Diözesen sowie zu den Profilen ihrer Bischöfe während des Spätmittelalters

Die polnische Kirche und die Reichskirche unterstanden beide dem Papsttum und machten daher zunächst eine gemeinsame Entwicklung mit. Mit der Christianisierung Polens wurden westliche Kirchenstrukturen übernommen. Während sich jedoch die Bistümer im spätmittelalterlichen Reich zu Territorialstaaten entwickelten, standen der polnischen Kirche, vor allem seit dem Ende des 14. Jahrhunderts, nur sehr enge Handlungsspielräume zur Verfügung. Zu Beginn war der Bischof rechtlich wie wirtschaftlich vollkommen vom Herrscher abhängig. Erst mit der Schwächung der Monarchie, der langsamen Ausstattung der Bistümer mit Landgütern und der Entwicklung der Domkapitel konnte der polnische Episkopat eine den westeuropäischen Verhältnissen ähnliche Stellung ausbauen. Anfang des 13. Jahrhunderts wird die erste freie Bischofswahl durch ein Domkapitel in Polen erwähnt, im Reich wurde dies bereits seit dem Investiturstreit 1075-77 praktiziert. Der Aufbau von landesherrlichen Strukturen gelang dem polnischen Episkopat trotz günstiger Ausgangslage durch die Landesteilungen nicht.

Wie die Bistumsverfassung unterlag auch das Amt des Bischofs einem ständigen Wandel. Verschiedenen Einflüssen ausgesetzt, definierten sich die Bischöfe immer als eine geschlossene Personengruppe. Vor allem im Spätmittelalter, als Polen die Zersplitterung des Landes überwand und eine zentralisierte Monarchie aufzubauen begann, sind Transformationsprozesse des Amtes und des Amtsträgers zu vermuten, wobei graduelle Unterschiede bei den einzelnen Bistümern zu konstatieren sind. Die Stellung der altherwürdigen Erzbistümer und Bistümer im Westen und Süden des Reiches war exponierter als die der Bistümer im Norden und Osten. Parallel dazu bildete sich auch ein Gefälle zwischen den Bistümern Altpolens und den in Rotreußen bzw. Litauen errichteten Diözesen.

Es soll zunächst untersucht werden, wie es zu der Hierarchiebildung innerhalb der Diözesanorganisation in beiden Reichen - dem polnischen und dem deutschen - kam und worin die verfassungs- und wirtschaftsrechtlichen Ursachen für die unterschiedliche Stellung der einzelnen Bistümer, vor allem während des 14. und 15. Jahrhunderts, lagen. Weiter soll hinterfragt werden, inwieweit das Bischofsamt, die Bischöfe und die Bischofserhebung einerseits von den Herrschern der polnischen Teilherzogtümer bzw. seit 1320 von den Königen des geeinten Reiches, andererseits vom Kaiser, dem Territorialfürsten, dem Domkapitel oder anderen Faktoren abhängig waren. Auf diese Weise lassen sich die Mechanismen der spätmittelalterlichen Herrschaftspraktiken fassen. Eine weitere Stufe zur Hierarchiebildung bildete die Machtübernahme durch die Jagiellonen 1386, die ihren Staat zentralisierten und durch ihr Nominationsrecht den Episkopat im Interesse der Verdichtung ihrer Herrschaft instrumentalisierten.

Damit vergleichbar sind die Zustände im Reich, das die Vielstaaterei bis zum Ende des Alten Reiches nicht zu überwinden vermochte. Die Ausgangslage sah jedoch anders aus. Die Stellung des Kaisers, der keine absolute Position einnehmen konnte, übernahmen spätestens im 15. Jahrhundert die Territorialfürsten, welche Bistümer und Bischöfe unter ihren Einfluss brachten und mit päpstlicher Segnung eine von ihnen abhängige Landeskirche mit freier Besetzung der Bistümer schufen. Somit übernahmen im Reich einige Territorialfürsten die Position, die in Polen der König hatte. Eine erstaunliche Analogie tut sich hinsichtlich des päpstlichen Provisionswesens auf, das zumindest in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Polen und in den deutschen Territorialstaaten (z. B. in Brandenburg oder Sachsen) in Fragen der Bistumsbesetzung stark eingeschränkt werden konnte, was für den Aufbau einer Landeskirche unverzichtbar war.

Trotz der Parallelen in der institutionellen Ausgestaltung kirchlicher Herrschaft unterschied sich die Gruppe der polnischen und deutschen Bischöfe in ihrer Herkunft, in ihren Karrierewegen und ihren

Herrschaftsmitteln erheblich. Zwar entstammten die Reichsbischöfe zu großen Teilen dem Adel, doch die weitgehende Ausschließlichkeit des Adels, die im 15. Jahrhundert in Polen herrschte, wurde im Deutschen Reich nur in den alten Bistümern im Westen und Süden des Reiches erreicht. Wichtig scheint die Frage nach der geographischen Herkunft der Würdenträger. So fällt auf, dass die adligen deutschen Bischöfe, die vorwiegend der gleichen Landschaft entstammten, das dortige Domkapitel beherrschten. Zumindest für das 15. Jahrhundert zeichnet sich für Polen ein gegensätzliches Bild ab, da für äußerst wenige Mitglieder des Episkopats persönliche Bindungen zu den Diözesen oder Zugehörigkeit zu den jeweiligen Domkapiteln ausgemacht werden können. Welche Gründe für dieses Phänomen ausschlaggebend waren, ob hierfür die freie Verfügungsgewalt des Königs über die Bistümer und die damit einhergehenden Karrierewege der Kandidaten eine Erklärung sind, sollen weitere Forschungen zeigen.

Schließlich wird noch die Frage nach den Gemeinsamkeiten und/oder Unterschieden der den Bischöfen zustehenden Macht- und Herrschaftsmittel gestellt werden. Da die Reichsbistümer bzw. -bischöfe vom jeweiligen Herrscher mit Reichsgut bzw. Regalien ausgestattet wurden, konnten die Bischöfe auf ihren Besitzungen Territorialherrschaften (Hochstifte) aufbauen, wobei es freilich nicht allen glückte, auch die Landsässigkeit zu erreichen. Vor allem die Bistümer im Norden und Osten des Reiches unterlagen rasch der Dominierung durch die weltlichen Fürsten, die den weiteren Aufbau einer Landesherrschaft mit Erfolg zu unterbinden vermochten. Auch in Polen sind hinsichtlich eines Herrschaftsaufbaus nur Ansätze zu erkennen, obwohl vor allem in der Zeit der Teilherzogtümer die Bedingungen zur Emanzipation der Kirchenherrschaft vorteilhaft schienen. Aus welchen Gründen es zu keiner Ausbildung von Hochstiften gekommen ist, ob tatsächlich nur die Wiedererrichtung des Königtums die in den Anfängen steckenden Bemühungen nach Territoriaufbau verhinderten, soll hier untersucht werden.

Auf der Grundlage der rechtlichen Verhältnisse der Bistümer und der Profile der Bischöfe (Herkunft, Karrierewege, Herrschaftsmittel) soll eine Charakteristik der spätmittelalterlichen Kirche Polens und des Deutschen Reiches gezeichnet werden. Durch den diachronen Vergleich innerhalb Polens einerseits und den synchronen Vergleich mit den deutschen Territorien andererseits werden die Transformationsprozesse greifbar, die sich innerhalb des "neuen Europa" des 15. Jahrhunderts abspielten und nicht vor der Kirche halt machten. Das absolut anmutende Kirchenregiment der Jagiellonen scheint aus heutiger Perspektive viel moderner gewesen zu sein als das konservative Beharren auf althergebrachten Rechten. Möglicherweise trug die Kirchenpolitik der Jagiellonen dazu bei, dass Polen als einer der moderneren Staaten Europas in die Neuzeit eintrat und während der größten Krise der neuzeitlichen Christenheit, der Reformation, sich religiöse Toleranz leisten konnte.

FORSCHUNGSPROJEKTE

Projektstelle im Institut

Jochen BÖHLER: Der „Polenfeldzug“ 1939 (Nr. 8, S. 90)

FORSCHUNGSPROJEKTE

Drittmittelprojekte

Erschließung des ehemaligen Bestandes "Denkmalkonservator Ostpreußen"

(gemeinsam mit dem Institut für Kunst der Polnischen Akademie der Wissenschaften Warschau und dem Staatsarchiv Allenstein, unterstützt durch Mittel der ZEIT-Stiftung, vgl. Nr. 9, S. 73)

Im Staatsarchiv Allenstein wurde 2002 die Erstellung und Korrektur eines Inventars zum Akten- und Planbestand "Denkmalkonservator Ostpreußen" abgeschlossen. Gleichzeitig wurde die Einführung in den Bestand und die Bestandsgeschichte als Datei in polnischer Sprache vorgelegt, die gegenwärtig ins Deutsche übersetzt wird.

Die Erfassung, Erschließung und Verzeichnung der Dias und Photographien im Institut für Kunst der PAN schreitet fort und wird bis Juli 2003 abgeschlossen sein. Bei der Erschließung wird folgendes Schema angewandt: Angaben zum Objekt (Art des Projekts, Gattung, Untergattung, Schlüsselwörter in Objekttiteln), Themen (Personen, Orte, ikonographische Gattung, Ikonographie), Künstler, Ort und Zeit (auch Angaben zu Stil und Datum), Verwalter (Aufbewahrungsort des Originals, Inventar-Nr).

Hans-Jürgen Bömelburg

FORSCHUNGSPROJEKTE

Drittmittelprojekte

Akkulturations- und Assimilationsprozesse in deutsch-polnischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert

(Forschungsprojekt des Deutschen Historischen Instituts Warschau, finanziert aus Mitteln der Volkswagen-Stiftung, vgl. Nr. 9, S. 71)

Die Projektmitglieder organisierten die Konferenz "Stereotyp - Kommunikation: Gegenseitige Wahrnehmung und Kontakt in kulturellen Grenzgebieten Ostmitteleuropas im 19. und 20. Jahrhundert" (Warschau, 22.-24. November 2002).

Hier sollten Wissenschaftler verschiedener Disziplinen zu Wort kommen, da in den letzten Jahren zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten, die auf neuen methodologischen Ansätzen basierten (Soziologie, Psychologie und Literaturwissenschaft), entstanden sind. Die traditionelle Geschichtswissenschaft, die die gegenseitige Wahrnehmung vornehmlich anhand der Presse vorstelle, habe kein neues tragfähiges Modell für die Analyse von Stereotypen entwickelt. Es gehe darum, wie aus der historischen Perspektive, gestützt auf einen modernen Begriffsapparat der Sozialwissenschaften, für einen längeren Zeitraum Prozesse und Stereotypisierungsmechanismen, dauerhafte Zustände und Veränderungen sowie soziale Verschiebungen in verschiedenen Gesellschaftsschichten erforscht werden könnten. Robert Traba (Warschau) hob in seiner Einführung hervor, dass die Projektteilnehmer bewusst an einer "offenen Definition" von Akkulturation festhielten. So beziehe sich der Begriff Akkulturation nicht nur auf die Migrationsgesellschaft, sondern auch auf die ansässige Gesellschaft, in der mindestens zwei kulturell verschiedene Gruppen unterschieden werden können. Zweitens sei ein Austausch kultureller Werte praktisch niemals einseitig (von der Mehrheits- auf die Minderheitsgruppe) und drittens müsse die Akkulturation nicht zwangsläufig ein Subprozess des Assimilationsprozesses sein, sondern könne parallel dazu verlaufen. Dabei sei auch nicht unbedingt das "Einverständnis" der anderen Gruppe erforderlich.

Im ersten Themenblock "Zentrum und Peripherie: Wandelbarkeit und Ähnlichkeit von Stereotypisierungsmechanismen" hob Hans Henning Hahn (Oldenburg) hervor, dass Identitätsbildung und -findung durch Abgrenzung und unterschiedliche Wahrnehmung, sozusagen durch einen "imaginären Grenzziehungsprozess", entstünden. Dabei dürfe nicht das Bestehen von kollektivem und individuellem Bewusstsein außer Acht gelassen werden. Bei Assimilationsprozessen würden die Stereotype derjenigen Gruppe übernommen, an die man sich assimiliere. Bei Akkulturationsprozessen sei dagegen die Identität einem beständigen Veränderungsprozess unterworfen, so dass ein freiwilliger Identitätswandel in kultureller und mentaler Hinsicht stattfinde. Im Hinblick auf die räumlichen Gegensätze Peripherie und Zentrum werde dem Zentrum ein "höheres Maß an Homogenität", der Peripherie dagegen eine zu geringe Homogenität zugeschrieben. Die interkulturellen Kontakte in Grenzübereinander seien nicht nur auf das öffentliche Leben beschränkt, sondern fänden auf verschiedenen sozialen Ebenen statt.

Marita Krauss (Bremen-München) hob in ihrem Kommentar hervor, dass das lokale stärker als das periphere Element anerkannt werde und dass Angstbilder vornehmlich in Grenzübereinander entstünden. Unter Assimilation sei die Verdrängung der Vielfalt zu verstehen. Die Akkulturation unterscheide sich dagegen durch das vielfältige Überschneiden von Traditionen, aber auch durch eine gewisse Abgrenzung gegenüber anderen.

Im zweiten Themenblock "Konflikt als Faktor der Veränderung der Wahrnehmung durch die 'Anderen'" unter der Moderation von Bianka Pietrow-Ennker (Konstanz) gingen die Soziologin Barbara Szacka (Warschau) und der Soziologe Andrzej Szpociński (Warschau) auf die Wahrnehmung von Konflikten in der kollektiven Erinnerung ein. Ralph Schattkowsky (Rostock)

widmete sich den Prozessen der Nationenbildung in Westpreußen vor dem Ersten Weltkrieg und betonte, dass die kulturelle Identität insbesondere mit der Konfession verbunden gewesen sei. Es könne aber festgestellt werden, dass das nationale Bewusstsein um die Jahrhundertwende eine größere Bedeutung als die Konfession erlangt habe. Mit Konflikten in Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit befasste sich Bernard Linek (Oppeln). Am Beispiel der Nachbarstädte Hindenburg/Zabrze, das zum Deutschen Reich, und Königshütte/Chorzów, das zu Polen gehört hatte, zeigte er die Dynamik und das Funktionieren lokaler, vornehmlich ethnischer Konflikte auf sowie deren Rolle bei der Herausbildung nationaler Stereotype. In Hindenburg habe der deutsch-polnische Konflikt aufgrund der schwachen polnischen Minderheit keine größere Rolle in der Innenpolitik gespielt, dennoch hätten die deutschen Behörden eine "Gettoisierungspolitik" verfolgt, um die Polen aus dem gesellschaftlichen Leben zu verdrängen. In Königshütte dagegen habe die deutsche Minderheit bis Mitte der dreißiger Jahre die größte politische Kraft gebildet. Nach 1926 sei der Druck auf die deutsche Minderheit jedoch massiv verstärkt worden. Ein Bruch in der kulturellen Kontinuität dieser Region könne seit Anfang der dreißiger Jahre festgestellt werden. Bernard Linek hob hervor, dass aufgrund der Instrumentalisierung sowohl der innen- als auch außenpolitischen Ziele beider Länder im Jahre 1939 beide Städte einen "rein" deutschen beziehungsweise „rein“ polnischen Charakter besessen hätten. Der unterschiedlichen Rezeption historischer Ereignisse und den damit verbundenen Erfahrungen der verschiedenen ethnischen Gruppen in den Grenzregionen Litauens Anfang der neunziger Jahre des 20. Jahrhunderts widmete sich Irena Sutinienė (Wilna).

Der dritte, von Andreas Lawaty (Lüneburg) moderierte Themenblock befasste sich mit der "Kommunikation in den kulturellen Grenzregionen". Bernadetta Wójtowicz (Warschau) ging in ihrem Referat "Die Rolle der Kirchen im Prozess der Ideologietransmission am Beispiel der Lemken" auf das Verhältnis der Priester gegenüber den in den Karpaten lebenden griechisch-katholischen Lemken im 19. Jahrhundert ein. Der Rolle der evangelischen Religion und der Frage der Nation am Beispiel Warschaus und Lodzs widmete sich Jolanta Żyndul (Warschau). Die seit Mitte des 18. Jahrhunderts in Warschau bestehende evangelische Gemeinde, der zunächst vornehmlich Deutsche angehörten, habe bald zahlreiche polnische evangelische Mitglieder verzeichnen können, die schließlich die Mehrheit in der Gemeinde bildeten. Eine Unterscheidung habe insbesondere in sprachlicher Hinsicht stattgefunden, da die deutschen Gemeindemitglieder die Bezeichnungen "Pastor" und "Superintendent" verwendeten, die polnischen Gemeindemitglieder dagegen die katholischen Bezeichnungen "ksiądz" und "biskup" beibehielten. Die Protestanten hätten sich für eine Assimilation ausgesprochen, jedoch unter Beibehaltung der eigenen Traditionen. In Lodz habe sich die evangelische Gemeinde in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts auch für polnische Protestanten geöffnet. Allerdings sei das Deutschtum als "Schutzwall" des Protestantismus angesehen worden. Dies entspreche auch dem damaligen Heterostereotyp, dass man als Deutscher evangelisch bleiben solle. Von den deutschen Protestanten habe man eine Abgrenzung von denjenigen Personen erwartet, die vom deutschen Protestantismus Abstand genommen und sich dem polnischen zugewandt hätten. Tomasz Kamusella (Oppeln) widmete sich in seinem Referat der Sprache im Alltagsleben in Oberschlesien und hob hervor, dass die deutsche Sprache in Oberschlesien nach dem Zweiten Weltkrieg politisch instrumentalisiert worden sei. Polen, die nicht sehr gut Deutsch sprachen, jedoch mit der deutschen Kultur eng verbunden waren, habe man als "Kulturdeutsche" bezeichnet. Eine gesellschaftliche Ausgrenzung habe durch den Gebrauch der Sprache stattgefunden. Erst nach 1989 habe man sich offiziell zur Zweisprachigkeit bekennen können.

Im vierten Themenblock "Fallbeispiele der multiethnischen Kontaktzonen", moderiert von Marek Czapliński (Breslau) wies Jaroslav Hrycak (Lemberg) in seinen Ausführungen darauf hin, dass das kollektive Gedächtnis von historischen Konstellationen (positiv oder negativ) geprägt sei. Im Hinblick auf die polnische Bevölkerung werde bei den Ukrainern unterschieden zwischen "lachy", der altertümlichen Bezeichnung für die Polen, die eine negative Konnotation habe, und "polacy", die als slawische Brüder eine positive Konnotation besäßen. Delphine Bechtel (Paris) unterstrich in ihren Ausführungen, dass die Juden in Mitteleuropa allgemein mit der (Klein-)Stadt assoziiert würden, wo Dissimilation und Assimilation der jüdischen Bevölkerung parallel verlaufen seien. Als

Beispiel für die unterschiedliche kulturelle Auffassung führte sie das aus dem Jahre 1792 stammende Lustspiel "Reb Henoch" an, das in Königsberg spielt und die jüdische und nichtjüdische Gesellschaft karikiert, wo die Vermischung verschiedener Sprachen und Dialekte ein soziales und kulturelles Chaos zur Folge habe. Im Zusammenleben verschiedener konfessioneller und ethnischer Gruppen, so Bechtel, handele es sich mehr um eine gesellschaftliche "Amalgamation" und Überlappung und weniger um eine Akkulturation oder Assimilation. Jens Boysen (Leipzig) betonte, dass die preußischen Behörden sowohl die deutsche als auch die polnische Bevölkerungsgruppe "primär unter funktionalen Gesichtspunkten des autoritären Systems bewerteten". Das vornehmlich an der strategischen Sicherheit interessierte Militär habe eine Subordination der Gesamtbevölkerung erwartet und dabei die nationalen den funktionalen Fragen hintangestellt. An einer sprachlichen Assimilation der polnischen Rekruten schien die Armee insbesondere zur besseren Kontrolle und Überwachung interessiert gewesen zu sein; der Beichtzwang auf Deutsch habe aber "den Eindruck von Polenfeindlichkeit sowie von einer Religionsfremdheit des Offizierskorps" vermittelt. Das Stereotyp des "illoyalen" polnischen Adels sei insbesondere im Offizierskorps verbreitet gewesen, daher sei ein Avancement polnischer Offiziere mit großen Schwierigkeiten verbunden gewesen.

Die Zusammenfassung der Tagung erfolgte durch Rex Rexheuser (Lüneburg) und Hubert Orłowski (Posen), die auf die Schwierigkeit hinwiesen, eine Übereinstimmung bei der Definition der Begriffe Akkulturation und Assimilation zu finden. Die Referate hätten die verschiedenen Perspektiven und die damit verbundene Problematik aufgezeigt, allerdings habe man diese jedoch im Rahmen einer Konferenz nicht erschöpfend darstellen können. Sie seien daher als Anstoß zur weiteren Diskussion zu verstehen. Hubert Orłowski schlug vor, ein Konzept für ein Begriffswörterbuch auszuarbeiten, das sich den verschiedenen Aspekten der deutsch-polnischen Koexistenz widmen solle.

Isabel Röskau-Rydel (Berlin)

GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN POLEN: FORSCHUNGEN UND INSTITUTIONEN

Beata Waclawik (Allenstein)

Das Staatliche Archiv in Olsztyn/Allenstein

Allenstein gewann 1905 erheblich an Bedeutung als staatliches Verwaltungszentrum, denn damals wurde es als eine von drei Städten der ehemaligen Provinz Ostpreußen in den Rang der Hauptstadt eines Regierungsbezirks erhoben. Zu einem Zentrum, das mit den staatlichen Archivdiensten zusammenhängende Archivtraditionen aufzuweisen hat, wurde Olsztyn erst nach 1945. Vor dem Kriege hatte es außer dem Stadtarchiv und den Kirchenarchiven kein staatliches Archiv in Allenstein gegeben. Das war auch nicht nötig gewesen, denn für ganz Ostpreußen hatte man 1828 das einzige Provinzialarchiv in Königsberg eingerichtet, das 1867 in ein Staatsarchiv umgestaltet worden war.

Die endgültige Entscheidung, in Olsztyn ein staatliches Archiv zu eröffnen, fiel 1948, und am 15. November jenes Jahres nahm die neu gegründete Einrichtung auf Anordnung des Bildungsministers ihre Tätigkeit auf. Allerdings hatte man schon in den ersten drei Nachkriegsjahren Suchmaßnahmen eingeleitet, die darauf abzielten, die in den ehemaligen preußischen Amtsverwaltungen, in Pfarrgemeinden oder auch in privaten Bibliotheken und Archiven zurückgebliebenen Akten sicherzustellen, und außerdem hatte man nach Orten gesucht, in die die Bestände des Königsberger Archivs während des Krieges ausgelagert worden waren. Da der Regierungsbezirk Masuren (ab 1946 die Wojewodschaft Olsztyn) trotz der zweifellos durch Kriegseinwirkung bedingten Verluste stark mit preußischen Akten gesättigt war, hatte man häufig Suchaktionen durchgeführt. Daran hatten sich anfänglich Angestellte der Abteilung für Kultur und Kunst des Amtes des Bevollmächtigten der Republik Polen und dann des Wojewodschaftsamtes beteiligt, die durch ein Rundschreiben des Ministers für die wiedererlangten Gebiete vom 18. Mai 1946 verpflichtet waren, "alle von den Deutschen hinterlassenen Archivalien sicherzustellen und vor Zerstörung zu bewahren". Ferner waren Historiker des Masurischen Instituts und Professoren der neu gegründeten Universität Toruń (Thorn) daran beteiligt. Im Ergebnis dieser Suchmaßnahmen wurden die verstreut entdeckten Archivmaterialien in 40 Kisten verpackt und in Magazinen eingelagert, genauer gesagt, in den gotischen Kellergewölben der Burg, des damaligen Sitzes des Masurischen Museums. 1947 und dann nochmals 1948 unternahm Piotr Bańkowski, Delegierter der staatlichen Archive in Warschau, eine genaue Durchsuchung der Wojewodschaft Olsztyn. Seinen Reisen war es zu verdanken, dass in Barczewo (Wartenburg), Górowo Iławeckie (Landsberg), Kętrzyn (Rastenburg), Lidzbark (Heilsberg), Morąg (Mohrungen), Nidzica (Neidenburg), Olsztyn (Allenstein), Ostróda (Osterode), Pasym (Passenheim), Ryn (Rhein) und Sępólno (Schippenbeil) Akten entdeckt wurden. Dabei handelte es sich vor allem um Akten von Kreisverwaltungen, um städtische Akten und um Akten von Kirchen, Gerichten und Schulen. Fortgesetzt wurde die Suche noch bis 1951, damals aber schon von Angestellten des staatlichen Archivs Olsztyn. Bereichert wurden die zusammengetragenen Bestände des Archivs auch durch die 1947 zurückerlangten Akten des Regierungsbezirks Allenstein aus dem Archiv in Königsberg, die während des Krieges ausgelagert und in Goslar aufbewahrt worden waren. Ursprünglich bestand die Sammlung des Archivs Olsztyn vor allem aus Akten preußischer Herkunft, trotzdem erlangte das Archiv erst 1953, d.h. fünf Jahre nach Aufnahme seiner Tätigkeit, das Recht, historische Bestände besitzen zu dürfen. Der Status als historisches Archiv bewirkte in der Folge einen weiteren Zustrom von Akten nach Olsztyn - so 1956 vom Staatsarchiv Gdańsk (Danzig) die Rezesse der preußischen Ständetage aus dem 16. und 17. Jahrhundert, 1964 aus dem Warschauer Hauptarchiv für alte Akten die Bücher der ermländischen Städte und 1963 aus der Deutschen Demokratischen Republik die Akten des Allensteiner Magistrats.

Mit Rücksicht auf die ziemlich rasch anwachsenden Bestände - laufend wurden nämlich die Akten aufgelöster Institutionen und Ämter aufgenommen - wurde es in den fünfziger Jahren erforderlich, zusätzliche Außenstellen einzurichten, um die Akten eines oder mehrerer Kreise aufzunehmen. Damals entstand ein Netz von Archiven auf Kreisebene: in Mrągowo (Sensburg) am 01.08.1952, in

Szczytno (Ortelsburg) am 01.09.1953 und in Morąg (Mohrungen) am 01.12.1954. Anfang der achtziger Jahre wurden sie in Abteilungen des Staatlichen Archivs in Olsztyn umgestaltet, und am 10.05.1988 kam noch die neu eröffnete Abteilung in Nidzica (Neidenburg) hinzu. Ein Jahr später wurde die Abteilung in Morąg und 1991 die Abteilung in Szczytno aufgelöst. Die Bestände der aufgelösten Abteilungen bereicherten die Sammlungen des Archivs Olsztyn und der Abteilung in Nidzica.

Die mit dem Fehlen eines eigenen Stammsitzes zusammenhängenden Probleme, mit denen das in der Burg untergebrachte Archiv über 40 Jahre lang zu kämpfen hatte, wurden 1996 schließlich endgültig gelöst. Die gesamten Aktenbestände wurden in ein Archivzwecken angepasstes Gebäude in der Partyzantów-Straße 18 überführt.

Die neuen Unterbringungsbedingungen begünstigten die Intensivierung der mit der Konzentration des gesamten Bestandes zusammenhängenden Arbeiten und die sich daraus ergebende Aufteilung in neue Komplexe sowie deren Systematisierung und Bearbeitung. Gegenwärtig - im Oktober 2002 - zählen die Bestände des Staatlichen Archivs Olsztyn 2.136 Komplexe, was umgerechnet in laufende Meter in der Kennziffer 4.171 zum Ausdruck kommt. Zusammen mit den Abteilungen in Mrągowo und Nidzica umfassen die Bestände 2.608 Einheiten (4.609 lfd. m). Preußische Akten machen 45% der Olsztynener Bestände aus. Sie spiegeln die Tätigkeit der staatlichen Behörden und Verwaltungsorgane wider, der Selbstverwaltung, des Justizwesens, von religiösen Einrichtungen, Parteien, Verbänden, wissenschaftlichen und kulturellen Institutionen.

Zu den wertvollsten, die Staatsmacht zuerst des Herzoglichen Preußens und dann Ostpreußens repräsentierenden Komplexen gehören das Etatsministerium Preußen 1492-1847 und das Oberpräsidium von Ostpreußen 1804/1810-1936.

Ebenso wertvoll sind die aus den unteren Ebenen der staatlichen Verwaltung stammenden Akten der drei Regierungsbezirke und der Landratsämter von 32 Kreisen. Hinsichtlich der Komplexe der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen ist festzustellen, dass sie im wesentlichen fragmentarisch sind, ganz im Gegensatz zum Regierungsbezirk Allenstein, aus dessen Registratur wir 6.386 Akteneinheiten (AE) aufbewahren. Zu erinnern ist daran, dass Königsberg und Gumbinnen nach der Gründung des Regierungsbezirks Allenstein im Jahre 1905 und der Übernahme der entsprechenden Kreise die diese Gebiete betreffenden Akten an die Allensteiner Verwaltung schickten. Im Zusammenhang damit verschob sich der zeitliche Rahmen des Komplexes auf die Mitte des 19. Jahrhunderts. Erhalten blieben auch, wenngleich nur teilweise, Akten der beiden anderen Regierungsbezirke. Die Archivalien spiegeln den gesamten vom Regierungsbezirk Allenstein ausgeübten Funktionsbereich wider - angefangen von der Bestätigung der Kreistagsbeschlüsse, der Schlichtung von Grenzstreitigkeiten, der Bauaufsicht und der Organisation des Gesundheits- und Schulwesens über die Forstverwaltung und die Aufsicht über die Domänen bis hin zur Durchsetzung der Politik des Staates auf dem Gebiet der militärischen Maßnahmen und der Überwachung von Organisationen, Parteien und Verbänden.

Hinsichtlich ihrer Vollständigkeit sind auch die bereits genannten 32 Komplexe der Landratsämter auf Kreisebene sehr unterschiedlich. Einige sind mit mehreren Tausend Akteneinheiten sehr umfangreich, so z.B. die Landratsämter der Kreise Osterode mit 5.954 AE (1818-1945), Lötzen mit 3.224 AE (1810-1945) und Braunsberg mit 1.991 AE (1827-1944), aber zum größten Teil sind es nur bruchstückhafte Komplexe. Vor allem die Landratsämter der heute zum Bezirk Kaliningrad gehörigen Kreise sind nur sehr schwach vertreten, so Pillkallen und Gerdauen mit nur je 1 AE, Königsberg mit 5, Preußisch-Eylau mit 8 und Wehlau mit 9 AE. Dagegen gibt es vom Landratsamt Labiau schon 32 AE aus den Jahren 1840-1938 und von den Landratsämtern Memel (1833-1937) und Gumbinnen (1817-1944) jeweils 45 AE. Die Akten der Landratsämter betreffen die mit den Kompetenzen der Landräte zusammenhängenden Fragen von Steuern, Polizei, Militär, Schulwesen, Sozialfürsorge und Gesundheitswesen, sie vermitteln aber auch Kenntnisse über Bevölkerungsverschiebungen, Siedlungswesen und gesellschaftliches bzw. kulturelles Leben in

den Gemeinden.

Eine ähnliche Quelle bilden die städtischen Akten, in denen das tägliche Leben in den Städten festgehalten ist. Sie reichen allerdings meist weiter zurück als die Akten der Landratsämter, manchmal bis an die Wende vom 17. zum 18. Jahrhundert, so die Akten der Magistrate von Wartenburg, Bischofswerder, Rastenburg, Sensburg, Allenstein und Passenheim. Die ältesten städtischen Akten stammen aus Wormditt (Orneta). Besonders bemerkenswert sind darunter die Satzungen der Stadt von 1677 und das Verzeichnis der Privilegien mit einer Eintragung von 1526, der sog. Ordination von Bischof Moritz Ferber. Vervollständigt wird das Bild der Städte durch die Akten der Zünfte (18 Komplexe). Am besten erhalten sind die Akten der Gerber (174 AE aus den Jahren 1746-1879), der Schuster (6 AE, 1607-1934) und der Schlachter (3 AE, 1667-1915) von Riesenburg (Prabuty).

Zu den ältesten in Allenstein aufbewahrten Akten eines gesetzgebenden Organs gehören die Landtagsakten des Herzogtums Preußen von 1541-1823, wobei die mehr als 50 in Pergament gebundenen Ordner mit Landtagsprotokollen nicht nur im Hinblick auf die Berichterstattung eine sehr wichtige Quelle darstellen, sondern auch wegen der den Protokollen beigefügten Abschriften von Briefen und Dokumenten. Erhalten sind auch spätere Berichte über die Beratungen des Provinziallandtages der Provinz Preußen aus den Jahren 1788-1931.

Eine ansehnliche Gruppe von über 260 Komplexen mit 155.170 AE besteht aus Akten von Einrichtungen des Justizwesens, darunter einige von Justiz-Collegien, u.a. in Neidenburg (Nidzica), Saalfeld (Zalewo), Angerburg (Węgorzewo) und Liebstadt (Miłakowo) aus den Jahren 1717-1815 sowie von Staatsanwaltschaften und Patrimonialgerichten; die anderen sind vor allem Akten von Amtsgerichten und Notaren. Obwohl es sich dabei um ziemlich einheitliche Bestände handelt, greifen Ahnenforscher in den letzten Jahren immer häufiger darauf zurück, weil sie in den beigefügten Abschriften von Geburtsurkunden, Testamenten oder Erbschaftsakten die gesuchten Informationen finden.

Nicht minder wichtig sind sowohl für die genealogische Suche als auch für umfassende wissenschaftliche Forschungen die Akten der kirchlichen Einrichtungen. Unter den 132 Komplexen (5.686 AE) überwiegen ganz eindeutig evangelische Akten - des Königlichen Konsistoriums von Preußen aus den Jahren 1612-1907, von 16 Superintendenturen und den Pfarreien der 13 Diözesen Bartenstein, Soldau samt Neidenburg, Lötzen, Rastenburg, Mohrungen, Sensburg, Allenstein, Osterode, Preußisch Holland, Johannsburg, Rosenberg, Ortelsburg und Angerburg sowie von Pfarreien aus Gebieten, die heute zum Raum Kaliningrad gehören. Außer den Kirchenbüchern, die aber nicht in allen Pfarrgemeinden erhalten sind, umfassen die Komplexe in hohem Maße kirchliche Rechnungen, Akten über die Verwaltung der den Kirchen unterstehenden Schulen, Kinderheime und Krankenhäuser sowie Akten zu Bau- und Reparaturarbeiten. Wenn man berücksichtigt, dass die Akten einiger Pfarreien bis ins 16. Jahrhundert zurückreichen - die evangelische Kirche in Herzogswalde umfasst den Zeitraum 1591-1866, in Eckersdorf 1624-1898, in Seehesten 1665-1944 und in Schippenbeil 1691-1829 -, so handelt es sich um sehr interessante Quellen, die es ermöglichen, nicht nur das geistliche, sondern auch das soziale und wirtschaftliche Leben Preußens in der Neuzeit kennen zu lernen.

Die katholische Kirche ist nur durch 10 Komplexe vertreten, aber in dieser Gruppe befinden sich die wertvollsten im Allensteiner Archiv aufbewahrten Akten, nämlich 19 Pergament-Dokumente aus dem Bernhardinerkloster in Löbau (Lubawa). Das älteste davon, ausgestellt 1435 in Lüneburg, haben die aus Sachsen kommenden Bernhardiner mit nach Löbau gebracht. Erhalten sind auch Akten des Bernhardinerklosters in Wartenburg (Barczewo), sie stammen aber schon aus späterer Zeit (1836-1880). Ebenso wertvoll sind die Komplexe des Erzpresbyteriums in Rößel (Reszel, 1405-1931), des Domkapitels der ermländischen Diözese in Frauenburg (Frombork, 1685-1884), der Stiftskirche in Guttstadt (Dobre Miasto, 1754-1845) sowie die Akten der katholischen Pfarrkirchen der Culmer (16 AE, 1699-1937) und der ermländischen Diözese (62 AE, 1569-1940).

Von den jüdischen Gemeinden sind aus der Vorkriegszeit lediglich Akten der Synagogengemeinde in Königsberg (276 AE, 1750-1927), der Synagogengemeinde in Riesenburg (5 AE, 1812-1879) und einzelne Akten aus Osterode, Rosenberg (Susz) und Lautenberg (Lidzbark Welski), 3 AE aus den Jahren 1811-1892, erhalten geblieben.

In den Beständen des Allensteiner Archivs werden nur wenige Akten von Schulen aufbewahrt, doch zwei Komplexe sind etwas umfangreicher - der des Lyceum Hosianum in Braunsberg (47 AE, 1750-1889) und der des Rastenburger Gymnasiums (13 AE, 1819-1902). Das Hochschulwesen ist durch Akten der Albertus-Universität in Königsberg und ihres Kuratoriums vertreten. Beide Komplexe sind leider unvollständig, die ältesten Akten fehlen. Allerdings sind einzelne Blätter und ein Statut aus den ersten Jahren der Tätigkeit der Universität (1544 und 1554) sowie einige wenige Akten vom Anfang des 20. Jahrhunderts erhalten geblieben.

Die Aufmerksamkeit eines ziemlich großen Kreises von Benutzern des Allensteiner Archivs gilt den Akten ehemaliger preußischer Behörden - von Oberförstereien, Bauämtern, Katasterämtern, der Reichsbahn-Direktion Königsberg, der Oberpostdirektionen Königsberg und Gumbinnen und auch des Provinzialkonservators der Denkmäler, der Kunst und der Geschichte der Provinz Ostpreußen. Der Komplex zählt 3.800 AE (1650-1944), wovon 693 Akten sind, während der Rest aus technischen und kartographischen Unterlagen besteht. Für Architekten, Denkmalpfleger und Kunsthistoriker stellen sie ein gar nicht hoch genug zu schätzendes Archivmaterial dar.

Durch die Suchaktionen der Nachkriegszeit sind die zurückgelassenen Archive der einflussreichen Großgrundbesitzergeschlechter Dohna, Dönhoff, Finckenstein, Lehndorff, Schwerin, Kunheim und Rogalla nach Olsztyn gelangt. Die verschiedenartigen Archivalien bestehen aus Rittergutsakten, wirtschaftlichen Akten, mit der Ausübung des Patrimonialrechts zusammenhängenden Akten, aus Akten, die manchmal aus Ämtern übernommen wurden, wenn Vertreter der genannten Familien dort leitende Posten verließen, sowie aus politischer und privater Korrespondenz, aus Memoiren, Reisetagebüchern, Erzählungen und Gedichten.

Akten aus der Zeit nach 1945, die den größten, ständig zunehmenden Teil der Bestände des Olsztyners Archivs ausmachen, sind systematisch von den der Archivaufsicht unterliegenden Ämtern übernommen worden. Zum heutigen Bestand gehören die Akten des Amtes des Regierungsbevollmächtigten für den Bezirk Masuren (281 AE, 1945-1950), des Wojewodschaftsamtes (2.529 AE, 1946-1950), des Präsidiums des Wojewodschafts-Volksrates (8.416 AE, 1950-1973), der Starosten- (Landrats-) und der Kreisämter, der Stadtverwaltungen und der Volksräte auf Kreis-, Gemeinde- und städtischer Ebene. Von den Sonderverwaltungen sind u.a. die Akten des staatlichen Repatriierungsamtes (Wojewodschaftsabteilung Olsztyn, 439 AE, 1945-1951), des Wojewodschaftsamtes für die Kontrolle von Presse, Publikationen und Aufführungen (der polnischen Zensur, 36 AE, 1950-1980), des Wojewodschaftsamtes für Information und Propaganda (24 AE, 1945-1947) und der Delegatur der Obersten Kontrollkammer (4.111 AE, 1948-1980) übernommen worden. Wissenschaftliche Einrichtungen, Bildungsstätten und kulturelle Institutionen sind durch Archivmaterialien des Stefan-Jaracz-Theaters (117 AE, 1947-1974), des Masurischen Museums (64 AE, 1945-1968) und des Masurischen Instituts (23 AE, 1945-1953) vertreten. Hinzuweisen ist auch auf die Parteiakten, die eine einheitliche Gruppe von Komplexen bilden - angefangen beim Wojewodschaftskomitee der Polnischen Sozialistischen Partei PPS (43 AE, 1945-1948), dem Wojewodschaftskomitee der Polnischen Arbeiterpartei PPR (240 AE, 1945-1948) und dem Wojewodschaftskomitee der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei PZPR (4.925 AE, darunter 450 Aufnahmen, 1949-1990) über die Kreis-, Stadt- und Gemeindegremien bis hin zu den Akten der Parteileitungen in Betrieben, an Hochschulen und in bestimmten Milieukreisen.

Ergänzt werden die Aktenkomplexe durch kartographische Bestände (3.291 AE), Pläne für Parkanlagen von Johann, Georg und Ernst Larass (197 AE, 1862-1911) und Plakate (448 AE, 1960-1970) sowie durch Flugblätter und Publikationen des Untergrunds (13 AE, 1945-1950 und 1981-1989).

Bibliographie:

K. Cybulska u. M. Tarnowska, Zasób Wojewódzkiego Archiwum Państwowego w Olsztynie. Informator [Der Bestand des Staatlichen Wojewodschaftsarchivs in Allenstein. Informationsschrift], Olsztyn 1982; J. Judziński, Archiwum Państwowe w Olsztynie (1945-1995) [Das Staatliche Archiv in Allenstein 1945-1995], in: Pół wieku polskiej państwowej służby archiwalnej na ziemiach zachodnich i północnych [Ein halbes Jahrhundert staatlicher polnischer Archivdienst in den West- und Nordgebieten], Warszawa, Szczecin 1997; F. Sokołowski u. M. Tarnowska, Archiwum Państwowe w Olsztynie [Das Staatliche Archiv in Allenstein], in: Archiwa Państwowe w Polsce. Przewodnik po zasobach [Die staatlichen Archive in Polen. Leitfaden durch die Bestände], hg. A. Biernat u. A. Laszuk, Warszawa 1998.

GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN POLEN: FORSCHUNGEN UND INSTITUTIONEN

Priester Andrzej Kopiczko (Allenstein)

Das Archiv der Erzdiözese Ermland

Die Bestände des Archivs der Erzdiözese Ermland umfassen vor allem die Hinterlassenschaft der bischöflichen Kanzlei und des Domkapitels. Das bischöfliche Archiv reicht mit seinen Anfängen bis ins 13. Jahrhundert zurück, d.h. bis zur Gründung des Bistums Ermland. Bis Mitte des 14. Jahrhunderts hatte es keinen festen Sitz, sondern zog zusammen mit den Verwaltern der Diözese umher. Erst gegen Ende des 14. Jahrhunderts wurde es in Heilsberg (Lidzbark Warmiński) untergebracht.

Außer dem bischöflichen Archiv begann man fast gleichzeitig mit der Schaffung eines Archivs des 1260 ins Leben gerufenen Domkapitels. Diese Institution, die sich aus dem Kollegium der Domherren zusammensetzte, erwies sich als sehr stabil. Ihre Residenz war von Anfang an bis hin zum Ende des Zweiten Weltkrieges Frauenburg (Frombork). Dort wurden auch die Dokumente aufbewahrt. Und die waren sehr vielfältig - rein religiöse, aber auch die kirchliche und die weltliche Verwaltung betreffend. Es ist nämlich daran zu erinnern, dass die ermländischen Bischöfe ebenso wie das Domkapitel außer der geistlichen auch die weltliche Macht ausübten. In beiden Institutionen hatte man Kanzleien eingerichtet, die sich allerdings in personeller und struktureller Hinsicht unterschieden. Wenn man also das heutige Archiv der Erzdiözese Ermland bespricht, so ist zu berücksichtigen, dass es unterschiedlich ist, weil es die Tätigkeit mehrerer Einrichtungen umfasst, die Jahrhunderte lang große Selbstständigkeit bewiesen haben. Das findet seinen Niederschlag im System der Sammlungen und in ihrer Gliederung in Komplexe und Archiveinheiten.

Aus der Geschichte ist bekannt, dass die Schweden 1704 einen Teil dieser Akten geraubt haben. 1841 wurde das bischöfliche Archiv von Heilsberg nach Frauenburg verlegt. Seitdem kann man von den vereinigten Archivsammlungen der ermländischen Diözese sprechen, obwohl sie noch fast ein Jahrhundert lang getrennt von den Bischöfen und dem Domkapitel betreut wurden. In Frauenburg wurden die Sammlungen von einer zweiten, ebenso schmerzlichen Tragödie betroffen. Am 8. Februar 1945 tauchten Rotarmisten in der Stadt auf, die weder die Archivsammlungen noch andere Wertobjekte verschonten. 40 Kisten mit Akten und Büchern wurden in die Sowjetunion abtransportiert. Man weiß nicht genau, was sich in den Kisten befand und was mit ihnen geschehen ist. Erst Mitte der fünfziger Jahre wurde den polnischen Behörden wohl lediglich ein Teil der Dokumente zurückgegeben, und diese Behörden gaben sie an die ermländische Diözese weiter (allerdings nicht alle).

Nach Beendigung der Kampfhandlungen versuchte die ermländische Diözese, die erhalten gebliebenen Archivbestände an einer Stelle zusammenzutragen. Das war keineswegs leicht. Mitte 1945 wurde das regionale Verwaltungszentrum der Kirche von Frombork (Frauenburg) nach Olsztyn (Allenstein) verlegt. Die zugewiesenen Räumlichkeiten reichten nicht aus, um dort Lager einzurichten, und so wurden die Archivbestände mehrfach verlegt. Erst 1973 bekam man die Genehmigung für den Bau der Bibliothek und des Archivs in der Copernikus-Straße. Dort wurden vier Jahre später alle Sammlungen zusammengefasst, und dort befinden sie sich bis heute.

Die Bestände des Archivs der Erzdiözese Ermland sind trotz der komplizierten, schwierigen Vergangenheit sehr reichhaltig. Erhalten sind mehrere Verzeichnisse der Akten; das älteste stammt aus dem Jahre 1613, ist aber nicht vollständig. 1733 ordnete Bischof Krzysztof Andrzej Jan Szembek an, das Archiv zu ordnen. Große Verdienste um die Sicherstellung der Sammlungen erwarb sich Bischof Ignacy Krasicki, doch die größte Bedeutung hat das, was Mitte des 19. Jahrhunderts der Frauenburger Archivar Joseph Martin Saage getan hat. Nach dem Vorbild anderer deutscher Archive unterteilte er die Bestände des bischöflichen Archivs in Abteilungen mit den Buchstaben A bis J. Unter A sind die Akten der bischöflichen Kurie deponiert, unter B die Protokolle der Visitationen durch Domherren, unter C Akten, die die Wirtschaftsverwaltung betreffen, unter D der Schriftverkehr, unter E einzelne Dokumente, unter F Pläne und Landkarten,

unter H andere handschriftliche Manuskripte und unter J die Akten der bischöflichen Kurie vom Ende des 18. bis zum Ende des 19. Jahrhunderts. Eine andere, kompliziertere Struktur weist die Gliederung der Akten des Domkapitels auf. Außerdem gibt es im Archiv der Erzdiözese Ermland sehr reiche Sammlungen an Akten, die bestimmten Pfarrgemeinden sowie Institutionen zugeordnet sind, die in der Vergangenheit in der ermländischen Diözese gewirkt haben, vor allen des Kapitels der Stiftskirche in Guttstadt (Dobre Miasto) sowie der Orden und des Vikarskollegiums in Frauenburg (Frombork).

Nach 1945 begann man auch mit dem Aufbau eines neuen Archivkomplexes. Er wurde zum Grundstock des Archivs für Neue Akten der Erzdiözese Warmia (Ermland). Es umfasst eine sehr reichhaltige Quellensammlung zur Nachkriegsgeschichte der Diözese (Erzdiözese) Ermland.

Am lebhaftesten interessieren sich die Historiker für die Akten der bischöflichen Kurie und für die (seit dem 16. Jahrhundert erhaltenen) Protokolle der Visitationen durch die Domherren, denn sie enthalten die meisten Informationen über Ermland. In den Inspektionsprotokollen wurden nicht nur die Gottesdienstordnung und die Namen der Seelsorger aufgeführt, sondern auch alle sozialen Einrichtungen: Schulen, Krankenhäuser, Bruderschaften und Vereinigungen. Sakrale Denkmäler und Pfarrgebäude waren genau beschrieben. Und es tauchten auch Hinweise auf die Struktur der Bevölkerung auf. Es handelt sich demnach um ein unschätzbares Material zur Geschichte der einzelnen Ortschaften und des gesellschaftlichen, kulturellen und religiösen Lebens.

In letzter Zeit erfreuen sich genealogische Forschungen immer größerer Beliebtheit. Dabei sind die Kirchenbücher eine ungeheure Hilfe. Die ältesten Kirchenbücher im Archiv der Erzdiözese Ermland reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück. Es sind zwar nicht viele, weil sie im Zweiten Weltkrieg gelitten haben, aber sie machen weiterhin die wichtigste Quelle für die Rekonstruktion genealogischer Verbindungen und für die Aufstellung namentlicher Einwohnerverzeichnisse bestimmter Ortschaften aus.

Und schließlich gibt es den für das Kennenlernen der Geschichte vieler Ortschaften gar nicht hoch genug einzuschätzenden Komplex der Pfarreiakten. Außerdem kann sich das Archiv einer großen Zahl alter Landkarten und Stadtpläne rühmen, die Ermland selbst, Ostpreußen, einzelne Ortschaften, die europäischen Länder und auch andere Erdteile umfassen.

Unter den Einzelstücken sind bei den Dokumenten Schreiben deutscher Kaiser und polnischer Könige zu verzeichnen. Es gibt auch handschriftliche Manuskripte ermländischer Domherren und Bischöfe, die in der Geschichte von Wissenschaft und Kultur nicht nur Polens, sondern der ganzen Welt einen ehrenvollen Platz einnehmen. Es gibt also Schriftstücke des Domherren und Astronomen Nicolaus Copernicus, die Korrespondenz des Humanisten und Bischofs Johannes Dantiscus, Schriften des Theologen und Apologeten Kardinal Stanislaus Hosius und des Historikers und Bischofs Martin Kromer sowie literarische Aufzeichnungen des Bischofs Ignacy Krasicki.

Bibliographie:

E. Brachvogel, Die Archive in Frauenburg, in: Korrespondenzblatt des Gesamtvereins der Geschichts- und Altertumsvereine, 1928, S. 233-238; T. Glemma, O archiwach warmińskich we Fromborku [Über die ermländischen Archive in Frauenburg] in: Archeion 9 (1931), S. 19-35; F. Hipler, Analecta Warmiensiensia. Studien zur Geschichte der ermländischen Archive und Bibliotheken, in: Zeitschrift für die Geschichte und Altertumskunde Ermlands 5 (1870), S. 316-488; H. Madej, Wczoraj i dziś Biblioteki WSD i Archiwum Kurii Diecezji Warmińskiej [Vergangenheit und Gegenwart der Bibliothek des Höheren Priesterseminars und des Archivs der Kurie der ermländischen Diözese], in: Warmińskie Wiadomości Diecezjalne [Ermländische Diözesannachrichten] Nr. 2-3 (1978), S. 108-111; J. Wojtkowski, Warmińskie Archiwa Diecezjalne [Ermländische Diözesanarchive], in: Warmińskie Wiadomości Diecezjalne 4 (1978), S. 38-44.

GESCHICHTSWISSENSCHAFT IN POLEN: FORSCHUNGEN UND INSTITUTIONEN

Jolanta Bieruła (Allenstein)

Das wissenschaftliche Forschungszentrum "Wojciech Kętrzyński"

Das wissenschaftliche Forschungszentrum "Wojciech Kętrzyński", kurz OBN genannt, ist 1961 entstanden. Es setzte die Tätigkeit des 1945-1948 in Olsztyn (Allenstein) existierenden Masurischen Instituts fort, das damals dem West-Institut in Poznań (Posen) unterstellt, dann in eine wissenschaftliche Station dieses Instituts umgestaltet und 1953 der Verwaltung der Polnischen Historischen Gesellschaft unterstellt wurde.

In den Jahren 1961 bis 1968 war das OBN eine wissenschaftliche Forschungsstätte der gesellschaftlich-kulturellen Vereinigung "Pojezierze" (Seengebiet), und am 15. Juni 1968 erlangte es den Status einer selbstständigen juristischen Person. Bis 1990 war das OBN als wissenschaftliche Gesellschaft und seit 1991 als Forschungs- und Entwicklungsstätte tätig. Die Arbeit des Zentrums wird von einem wissenschaftlichen Rat und die institutionelle Tätigkeit von einem Direktor geleitet. Im Rahmen des OBN gibt es zwei wissenschaftliche Abteilungen, die geschichtliche und die zu zeitgenössischen Forschungen. Außerdem gibt es die Bibliothek, die Verlagsabteilung und die polygraphische Abteilung.

1963 wurden die Bibliothek und als deren integraler Bestandteil die Spezialsammlungen eingerichtet. Anfänglich bestand die Bibliothek aus der Büchersammlung des früheren Masurischen Instituts, die dessen Leiterin seit 1945 zusammengetragen hatte. Die damalige Institutsleiterin Emilia Sukertowa-Biedrawina hatte in der Provinz nach wertvollen Büchern und Zeitschriften gesucht und sie nach Olsztyn gebracht. Nach der Umgestaltung des Masurischen Instituts in die wissenschaftliche Station des West-Instituts in Poznań und dann in eine wissenschaftliche Station der Polnischen Historischen Gesellschaft gingen die Bestände in den Besitz der Polnischen Historischen Gesellschaft über und wurden von dort dem OBN als Leihgabe zugewiesen. Seit 1962 trägt das Zentrum durch Kauf, Stiftungen und Tausch eigene Bestände zusammen. Seit 1963 bilden die Bestände der wissenschaftlichen Station der Polnischen Historischen Gesellschaft und des OBN-Zentrums in meritorischer Hinsicht eine einzige Sammlung. 1978 ist die Bibliothek in den Nationalen Bibliotheksbestand Polens einbezogen worden.

Bibliothek und Spezialsammlungen

Die Bibliothek ist eine regionale Einrichtung mit geisteswissenschaftlichem Profil. Die vorhandenen Bestände betreffen hauptsächlich das ehemalige Ostpreußen sowie Schlesien und Pommern. Die Sammlungen sind gesellschaftswissenschaftlich geordnet - Geschichte, Ethnographie, Soziologie, Demographie, Religionswissenschaft, Wirtschaft, Wirtschaftsgeschichte, Wissenschaftskunde und Kultur. Der Bibliotheksbestand belief sich Ende 2001 auf 51.680 Monographien und 19.824 Serienwerke. Zu den Spezialsammlungen gehören 2.500 Altdrucke, 2.594 Handschriften, 1.470 Mikrofilme, 1.250 kartographische und 600 ikonographische Exemplare sowie 1.470 Flugschriften, Gelegenheitsdrucke und Ausgaben der örtlichen Presse.

Erweitert werden die Bestände der Bibliothek durch Käufe in Buchhandlungen und Antiquariaten und nach Möglichkeit auch bei Auktionen, durch den Tausch eigener Publikationen mit in- und ausländischen Bibliotheken sowie durch Stiftungen von Privatpersonen und Institutionen.

Zugänglich sind die Sammlungen der Bibliothek für alle Interessierten, und genutzt werden sie hauptsächlich von Studenten und Mitarbeitern wissenschaftlicher Einrichtungen. Vor 1950 erschienene Publikationen können an Ort und Stelle im Lesesaal eingesehen werden, alle anderen werden ausgeliehen. Die Bücher der Freihandbibliothek und die Spezialsammlungen sind nur in den Lesesälen zugänglich.

Die Spezialsammlungen umfassen Altdrucke, Archivalien (Handschriften und Manuskripte), Mikrofilme, ikonographische und kartographische Materialien, Flugschriften, Gelegenheitsdrucke

und lokale Presse.

Unter den Altdrucken gibt es besonders wertvolle Quellen für die Geschichte der Region, so z.B. C. Schütz, *Historiae Rerum Prussicarum*, Danzig 1599; C. Hartknoch, *Alt und neues Preußen oder preußische Historien*, Frankfurt, Leipzig 1684; J. F. Godbeck, *Vollständige Topographie des Königreichs Preußen*, Königsberg 1783; *Zbiór patentów i edyktów królów pruskich z XVIII wieku* [Sammlung der Patente und Edikte der preußischen Könige des 18. Jh.]; M. Strykowski, *Kronika polska, litewska i żmudzka* [Polnische, litauische und schamaitische Chronik], Bd. 2, Warszawa 1766; I. Krasicki, *Wiersze* [Gedichte], Warszawa 1784, I. Krasicki, *Zbiór potrzebniejszych wiadomości porządkiem alfabety ułożonych* [Sammlung der notwendigsten Kenntnisse, alphabetisch geordnet], Bd. 2, Warszawa 1781, sowie die Zeitschrift "Acta borussica ecclesiastica, civilia, literaria oder Sorgfältige Sammlung allerhand zur Geschichte des Landes Preußen gehöriger Nachrichten, Urkunden, Schriften u. Documente", Königsberg u. Leipzig 1732.

Die in den Spezialsammlungen zusammengetragenen Archivalien stellen eine Sammlung vielfältiger, mit der Region zusammenhängender Dokumente, Studien, unveröffentlichter Arbeiten, Nachlässe, Magister- und Doktorarbeiten, Sammlungen von Tagebüchern und Akten bestimmter Einrichtungen dar.

Die Handschriftensammlung kann man in bestimmte Themenkreise untergliedern: mit dem Polentum im Ermland, in Masuren und im Mündungsgebiet der Weichsel zusammenhängende Materialien bis 1939, darunter Materialien über die Volksabstimmung, über aktive Vertreter der polnischen Bewegung, des polnischen Schulwesens und des Verbandes der Polen in Ostpreußen, ferner Sammlungen von Tagebüchern, volkstümliches und professionelles literarisches Schaffen sowie Inventarverzeichnisse der Grabsteine und Friedhöfe in Ermland und Masuren (beschreibende und fotografische Dokumentation).

Die Tagebuchsammlung ist unter anderem durch die Ausschreibung von Wettbewerben zu verschiedenen Themen entstanden: Erinnerungen aus dem Leben ostpreußischer Polen, veranstaltet von der Polnischen Historischen Gesellschaft und dem Masurischen Institut in Olsztyn (1947): "Mein Leben und meine Arbeit in Ermland und Masuren", ausgeschrieben vom OBN (1964, 1984, 1995), Erinnerungen ehemaliger Zwangsarbeiter im früheren Ostpreußen, veranstaltet von der Bezirkskommission zur Untersuchung der NS-Verbrechen in Polen und dem Verband der Kämpfer für Freiheit und Demokratie in Olsztyn (1970), Berichte ehemaliger Arbeiter und Kriegsgefangener, zusammengestellt im Auftrag der wissenschaftlichen Station der Polnischen Historischen Gesellschaft in Olsztyn (1974), der Wettbewerb "Mein dreißigster Jahrestag", veranstaltet von der Redaktion der Zeitung "Słowo na Warmii i Mazurach" [Das Wort in Ermland und Masuren] (1974), der Wettbewerb "Zeugnis ablegen von der Wahrheit" über die Schicksale von Bewohnern Ostpolens nach dem 17. September 1939, veranstaltet vom OBN und der Abteilung Olsztyn der Polnischen Historischen Gesellschaft (1989), Berichte von Bewohnern Ostpolens nach 1939 (1989), ein Wettbewerb für Erinnerungen ehemaliger Bewohner Ostpolens, veranstaltet von OBN und der Polnischen Historischen Gesellschaft (1998), und der Wettbewerb „Solidarisch mit der Geschichte“, ausgeschrieben vom OBN und der Gesellschaft "Pro Patria" (1999).

In den Sammlungen befinden sich auch Fragmente von Akten des Ostdeutschen Heimatdienstes und des Bundes Deutscher Osten. Aufbewahrt werden Materialien über Organisationen des gesellschaftspolitischen Lebens nach dem Kriege. Sie betreffen u.a. das Schulwesen, die Akten des Bezirks-Auflösungsamtes, des Polnischen Westbundes, der Bauernpartei SL, der Masurischen Volkshochschule in Rudziska Pasymskie, der Gesellschaft für die Entwicklung der Westgebiete und des Wojewodschaftsvolksrates in Olsztyn, des Wojewodschaftsgrundamtes in Olsztyn, des Wojewodschaftsvorstandes der Bauernpartei SL in Olsztyn und des Verbandes der bäuerlichen Selbsthilfe in Dywity. In den letzten Jahren haben sich die Sammlungen um den Komplex der Akten des Pantomimentheaters Olsztyn und der Olsztynyer "Solidarność" 1981-1989 vergrößert.

Außergewöhnlich wertvoll sind folgende Sammlungen, Kollektionen und Nachlässe: Michał Kajka -

Manuskripte, Abschriften von religiösen und Gelegenheitswerken, Gedichte, Briefe, amtliche Korrespondenz und Presseauschnitte; Alojzy Śliwa - Artikel, Gedichte, persönliche Papiere, Korrespondenz, Tagebuchaufzeichnungen und Notizen; die Familie Barabasz betreffende Dokumente aus den Jahren 1939-1943 (Abschriften); Jan Kawecki - masurisches Wörterbuch, Folklore, Sammlung persönlicher Papiere und Dokumente zur Geschichte der Region; Kazimierz Jaroszyk - Tagebuch und Notizbuch; Paweł Jeleniewski - persönliche und die Familie betreffende Dokumente und Erinnerungsstücke; Cezary Jurgielewicz - persönliche Papiere 1946-1950; Sammlung der Familie Wichmann aus Woritten (Woryty) (Glückwunschkarten, Zeugnisse, die Ausbildung betreffende Anweisungen); Konrad Germann - persönliche Papiere des Volksbefragungsfunktionärs; Gustaw Leyding - Dokumente und Materialien über seine öffentliche, gesellschaftliche und wissenschaftliche Tätigkeit; Karol Małek - Studien über die Masuren, von K. Małek gesammelte Tagebücher kommunistischer Funktionäre in Ermland und Masuren, Korrespondenz des Hörers der Masurischen Volkshochschule in Rudziska Pasymskie; Nachlass Paweł Jaśkos (1908-1982); die Privatsammlung von Wilhelmina Małek und eine Aktensammlung Stanisław Wiśniewskis über das Schulwesen in der Wojewodschaft Olsztyn.

Gesammelt sind 1.470 Mikrofilme zur Sicherung von Sammlungen oder als Ergänzung besonders wichtiger Dokumente, Bücher und Zeitschriften. Zu den wertvollsten gehören: die Akten des Prozesses von Wojciech Kętrzyński 1863-1864 (aufgenommen nach den in Merseburg aufbewahrten Akten). Zu verschiedener Zeit im ehemaligen Ostpreußen herausgegebene Schriften: "Allensteiner Kreisblatt" 1842-1843; "Allensteiner Volksblatt" 1920, 1923; "Allensteiner Zeitung" 1879f., 1887-1890, 1893, 1895f., 1900, 1906f., 1918-1922, 1926, 1929, 1935, 1937, 1939-1944; "Ermländische Zeitung" 1875-1920, 1922, 1927; "Gazeta Lecka. Prawdziwy Przyjaciół Ludu" [Lötzenscher Zeitung. Wahrer Volksfreund], Lötzen (Giżycko) 1875-1889; "Gazeta Ludowa. Pismo poświęcone ludowi ewangelickiemu" [Volkszeitung. Dem evangelischen Volk gewidmete Schrift], Lyck (Ełk) 1896-1902; "Gazeta Olsztyńska" [Allensteiner Zeitung] Olsztyn (Allenstein) 1886-1939; "Gazeta Polska dla powiatów nadwiślańskich" [Polnische Zeitung für die Kreise an der Weichsel], Marienwerder (Kwidzyn) 1920; "Gospodarz" [Der Landwirt], kostenlose Beilage zum "Mazur", 1936-1938; "Gospodarz" [Der Landwirt], kostenlose Beilage zum "Mazurski Przyjaciół Ludu" [Masurischen Volksfreund], 1924-1925; "Kalendarz Królewsko-Pruski Ewangelicki" [Evangelischer Kalender des königlichen Preußens] 1868, 1905; "Mazur. Pismo z obrazkami poświęcone Mazurom wyznania ewangelickiego" [Der Masure. Den Masuren evangelischen Glaubens gewidmetes illustriertes Blatt], Ortelsburg (Szczytno) 1906-1920; "Mazur" [Der Masure], Ortelsburg (Szczytno) 1928-1939; "Mazur" [Der Masure], Osterode (Ostróda) 1883f.; "Poczta Królewiecka" [Königsberger Post], Königsberg (Królewiec) 1718-1720; handschriftliche Manuskripte und Dokumente von Martin Gerst, "Twierdza Ewangelicka" [Evangelische Festung], religiöse Beilage zum "Mazur", Ortelsburg (Szczytno) 1936-1938; Werke von Feliks Nowowiejski (Bibliothek der Söhne des Komponisten).

Die Foto-Sammlung ist nach folgendem System geordnet: 1. Personen - Aufnahmen von Personen, die mit der polnischen Bewegung in Ermland, Masuren und der Weichselniederung verbunden waren; Aufnahmen von Personen, die mit dem gesellschaftspolitischen Leben der Region nach 1945 verbunden waren; Sammlungen von Privatpersonen; Fotodokumentation wichtiger Ereignisse in der Region; 2. Ortschaften - Aufnahmen von Städten, Kleinstädten und Dörfern Ermlands und der Masuren von der Zwischenkriegszeit bis heute; 3. Volksbefragung - Fotos des masurischen und des ermländischen Komitees sowie ostpreußischer Städte zur Zeit der Volksbefragung; 4. polnisches Schulwesen - Aufnahmen polnischer Schulen im Ermland sowie von Lehrern und Schülern; 5. Institutionen und Verbände - ein vielfältiger Komplex (zu den wertvollsten Aufnahmen gehören die Negative der Premieren im Olsztynener Stefan-Jaracz-Theater aus den Jahren 1957-1988).

Besonders wertvoll sind die aus Anlass der Volksbefragung herausgegebenen Drucke, u.a. die an die Ermländer und Masuren gerichteten Aufrufe des ermländischen und des masurischen Volksbefragungskomitees, des Vorstands der Vereinigung evangelischer Polen und des masurischen Volkskomitees, aber auch des Masuren- und Ermlandbundes und die Aufrufe des

Ostdeutschen Heimatdienstes.

Zum Komplex gehören die seit 1945 zu bestimmten Anlässen herausgegebenen Flugblätter, Werbeschriften und Sonderausgaben von Zeitungen, einige von der "Untergrundbewegung" herausgegebene Publikationen und Flugschriften sowie Materialien der unabhängigen Gewerkschaft "Solidarność" in Olsztyn - Flugblätter, Sonderausgaben, Presse. In dieser Abteilung wird auch die in der Wojewodschaft Olsztyn bzw. Warmia/Mazury erscheinende lokale Presse gesammelt.

Die kartographischen Bestände umfassen Sammlungen von Atlanten, Landkarten und Stadtplänen aus dem 19. Jahrhundert bis heute, die hauptsächlich Europa, Polen, Ermland, Masuren, den Raum Kaliningrad der Russischen Föderation und die Weichselniederung betreffen. Zu den Beständen gehören geschichtliche, physische, verwaltungsmäßige, politische, demographische, geologische, verkehrsmäßige und touristische Ausgaben.

Besonders wertvoll sind E. Leder, Atlas zur Geschichte des Preußischen Staates in 10 Blatt, Weimar 1866; Historischer Atlas von Preußen in zwölf illuminierten Charten, Leipzig 1816; Allgemeiner Historischer Handatlas, ed. G. Droysen, Bielefeld 1886; Karten und Skizzen aus der vaterländischen Geschichte der Neuren Zeit (1517-1789), ed. E. Rothert, Düsseldorf 1895; Katholischer Kirchen-Atlas. Vierzehn colorirte Karten mit begleitendem Text von O. Werner, Freiburg 1888; Taschenatlas der beiden deutschen Staaten, Gotha 1865; E. Romer, Geograficzno-statystyczny atlas Polski [Geographisch-statistischer Atlas Polens], Warszawa 1916; J. Babirecki, Polska w roku 1771 [Polen im Jahre 1771], Kraków 1905; J. Babirecki, Mapa Rzeczypospolitej Polskiej z przydaniem kart oryentacyjnych trzech podziałów, Ks. Warszawskiego i okręgu Wolnego m. Krakowa [Landkarte der Republik Polen mit beigefügten Orientierungsplänen der drei Teilungsgebiete, des Herzogtums Warschau und des Bezirks der Freien Stadt Krakau], Kraków 1905; P. A. Baracz, Mapa Królestwa Polskiego z oznaczeniem dróg żelaznych, bitych i zwyczajnych [Landkarte des Königreichs Polen mit eingezeichneten Schienenwegen, befestigten Straßen und gewöhnlichen Wegen], Warszawa 1915; J. M. Bazewicz, Atlas geograficzny ilustrowany Królestwa Polskiego na podstawie najnowszych źródeł opracowany [Illustrierter geographischer Atlas des Königreichs Polen, ausgearbeitet auf der Grundlage der neuesten Quellen], Warszawa 1907; Mapa Polski ku upamiętnieniu uchwalenia przez sejm pruski prawa o wyłączeniu Polaków. Z ziemi ojczystejszej oraz zakazu używania języka polskiego na zebraniach (Landkarte Polens zur Erinnerung an die Annahme des Gesetzes durch den preußischen Landtag, nach dem die Polen enteignet, ihnen die Heimerde genommen und die Verwendung der polnischen Sprache auf Versammlungen verboten wurde), Kraków 1910; Mapa Polski za panowania króla Jana Sobieskiego wydana w dwóchsetną rocznicę odsieczy Wiednia [Landkarte Polens unter König Johann III. Sobieski, herausgegeben zum 200. Jahrestag des Entsatzes von Wien], ed. J. Szpetkowski, Poznań 1883; Mapa Polski za panowania Stanisława Augusta w roku 1772 [Landkarte Polens 1772 unter Stanislaus August), Warszawa 1849. Zur Sammlung gehören auch Landkarten aus dem 19. und 20. Jahrhundert: Charte von dem Königreiche Polen, den Königl. Preußischen Provinzen Ost- und Westpreußen und Posen nebst dem Gebiete der Freien Stadt Krakau, ed. C. F. Weiland, Weimar 1822; Karte von Deutschland in 16 Blättern, ed. D. F. Sotzman, 1789; Charte von dem Königlich Preußischen Landes-Antheil nach der Theilung Polens im 1795. Jahr, ed. F. L. Güssefeld, Nürnberg 1796. Laufend gesammelt werden Stadtpläne und die wichtigsten Pläne der Regionen Ermland, Masuren, Weichselniederung und Pommern.

Bibliographie:

Informationsschriften des OBN. Sprawozdania z działalności [Tätigkeitsberichte], seit 1963 erscheinen sie einmal jährlich; J. Sikorski, Ośrodek Badań Naukowych im. W. Kętrzyńskiego i jego rola w olsztyńskim środowisku humanistycznym [Das geisteswissenschaftlichen Forschungszentrum "W. Kętrzyński" und seine Rolle im humanistischen Milieu Allensteins], Olsztyn 1986 (=Biblioteka Olsztyńska 12); P. Grabowski, Historia zbiorów kartograficznych OBN im. W. Kętrzyńskiego [Geschichte der kartographischen Sammlungen des wissenschaftlichen Forschungszentrums "W. Kętrzyński"], in: Z Historii Kartografii [Aus der Geschichte der

Kartographie], Bd. VIII: Ziemie Prus Wschodnich w kartografii [Die ostpreußischen Lande in der Kartographie], Olsztyn 1997; S. Badowska, Biblioteka OBN im. Wojciecha Kętrzyńskiego [Die Bibliothek des wissenschaftlichen Forschungszentrums "Wojciech Kętrzyński"], in: Komunikaty Mazursko-Warmińskie [Masurisch-Ermländische Mitteilungen] 4 (1976), S. 585-596; Z. Fras, Materiały pamiętnikarskie w zbiorach OBN [Tagebuchmaterialien in den Sammlungen des wissenschaftlichen Forschungszentrums], Olsztyn 1986 (=Informator OBN in Olsztyn 37); D. Kamolowa, Zbiory rękopisów w bibliotekach, muzeach w Polsce [Handschriftensammlungen in Bibliotheken und Museen Polens], Warszawa 1988.

Adressen der Archive

Archiwum Państwowe w Olsztynie

ul. Partyzantów 18
PL 10-521 Olsztyn
Tel. 0048-89-5276096
Fax 0048-89-5359272
Mo.-Fr. 8.00 - 15.00 Uhr

Archiwum Archidiecezji Warmińskiej

ul. Kopernika 47
PL 10-512 Olsztyn
Tel. 0048-89-5275197
Mo., Mi. u. Fr. 13.00 - 17.00 Uhr, Do. 8.30 - 12.00 Uhr

Ośrodek Badań Naukowych im. W. Kętrzyńskiego

ul. Partyzantów 87
PL 10-402 Olsztyn
Tel. 0048-89-52766-18, -75, -79
Fax 0048-89-5276619
Mo. - Fr. 9.00 - 14.00 Uhr